

Rechtsextremistische Straftaten – ein Schattenbericht

Eine Studie für die AG Innen- und Rechtspolitik
der PDS-Bundestagsfraktion
zu den Widersprüchen und Mängeln offizieller Statistiken über
rechte Straf- und Gewalttaten

Von
Winnie Sellkens und Michael Wilde

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Anstand der Zuständigen“	4
Kapitel 1: Wann wird eine Straftat als „politisch motiviert – rechts“ gewertet und registriert?	6
I. Begriffsklärung zur reformierten Zählweise von politisch motivierten Straftaten	6
II. Die „unpolitischen“ Propagandadelikte	12
Kapitel 2: Rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte	13
I. Eine Chronik rechter Tötungsdelikte seit 1990 und ihre Folgen.....	13
II. Der Umgang mit sogenannten Altfällen: Der Tod des Obdachlosen Horst Pulter am 5. Februar 1995 in Velbert (Nordrhein-Westfalen)	15
III. Der Umgang mit Todesfällen aus dem Jahr 2000:	16
Der Tod des Obdachlosen Eckhardt Rütz am 25. November 2000 in Greifswald	16
IV. Der Umgang mit Todesfällen aus dem Jahr 2001:	17
a) Der Tod des 61jährigen Obdachlosen Dieter Manzke am 8./9. August 2001 in Dahlewitz (Brandenburg)	17
b) Der Tod des 38jährigen Willi W. in Milzau am 24/25. März 2001 in Milzau (Sachsen-Anhalt).....	18
c) Exkurs Weitere Altfälle:.....	19
Der Tod von Frank Böttcher am 8. Februar 1997 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt).....	19
V. Resümee: Kaum eine Lobby für gesellschaftlich stigmatisierte Opfergruppen	19
VI. Exkurs über die Notwendigkeit der Nebenklägerschaft:.....	20
Der Tod des Rentners Helmut Sackers am 29. April 2000 in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) ...	20
Kapitel 3: Grenzfälle und die Notwendigkeit, den reformierten Definitionskatalog des KMPD-PMK erneut zu diskutieren und zu erweitern.....	21
a) Der Tod von Fred Blanke am 26. März 2001 in Grimmen (Mecklenburg-Vorpommern) ...	21
b) Der Tod von Mohammed Belhadj am 21./22. April 2001 in Jarmen (Mecklenburg-Vorpommern)	21
c) Der Tod von Axel U. am 24. Mai 2001 in Bad Blankenburg (Thüringen)	22
I. Resümee: Rechtsextreme Einstellungen führen zu tödlichen Gewaltexzessen.....	23
Kapitel 4: Die Zahlen der von Bund und Ländern gemeldeten rechten Straftaten im Vergleich .	25
I. Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewaltdelikte 2001 Bund/Länder	25
II. Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter sonstiger Straftaten 2001 Bund/Länder.....	26
III. Ein halbes Jahr lang keine Informationen für Parlament und Öffentlichkeit	27
IV. Resümee: Eine unabhängige Institution zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist notwendig	28
Anhang: Berichte aus der Praxis der Opferhilfen und eine unvollständige Chronologie rechter Gewalt	30
BERLIN:.....	32
Eine unvollständige Chronik von 13 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten	32

BRANDENBURG.....	34
Eine unvollständige Chronik von 72 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.	34
MECKLENBURG-VORPOMMERN.....	43
Eine unvollständige Chronik von 28 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.	43
SACHSEN-ANHALT	47
Eine unvollständige Chronik von 25 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.	47
SACHSEN	50
Eine unvollständige Chronik von 35 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.	50
THÜRINGEN	57
Eine unvollständige Chronik von 25 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.	57

Einleitung: Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Anstand der Zuständigen“

Der Mord von drei rechtsextremen Skinheads an dem ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter Alberto Adriano am 13. Juni 2000 in Dessau sowie der Bombenanschlag auf eine Gruppe jüdischer Einwanderer aus den ehemaligen GUS-Staaten am 27. Juli 2000 in Düsseldorf¹ bildeten den Auftakt für jenen "Aufstand der Anständigen", den Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Tag nach dem Brandanschlag auf die Alte Synagoge in Düsseldorf in der Nacht zum 3. Oktober 2000 ausrief. Wörtlich sagte Schröder nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, am 4. Oktober 2000: „Wegschauen ist nicht mehr erlaubt. Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen.“ Während für den Brandanschlag auf die Alte Synagoge zwei junge Migranten arabischer Herkunft im Herbst 2001 letztinstanzlich verurteilt wurden, ist der Bombenanschlag vom Juli 2000 bis heute unaufgeklärt. Und derzeit nimmt die antisemitische Gewalt erneut zu - die jüngsten Schändungen jüdischer Friedhöfe in Mecklenburg-Vorpommern und das dritte Sprengstoffattentat auf den jüdischen Friedhof in Berlin-Charlottenburg innerhalb von fünf Jahren am 13. März 2002 sind hier nur die Spitzen des Eisbergs. Auch die Brutalität rassistisch motivierter Gewalttaten und das offene Bekenntnis der Täter zu ihrer rechtsextremen Motivation bewegt sich fast zwei Jahre nach Gerhard Schröders Aufruf auf demselben Niveau. So wie die Täter im Juni 2000 nach dem Tod von Alberto Adriano ganz offen „Hass gegen Fremde“ als Begründung nannten, so erklärten beispielsweise drei rechtsextreme Skinheads im Februar 2002, sie hätten Molotow-Cocktails auf einen gut besuchten türkischen Imbiss in Berlin-Hellersdorf geschleudert, da sie „einmal ein Kanakenhaus brennen sehen“ wollten.²

Der "Aufstand der Anständigen" ist gescheitert, lautet die beinahe einhellige Einschätzung von Initiativen, Netzwerken und Gruppen, die sich nicht erst seit dem Sommer 2000 gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Gescheitert und abdelegiert an die "Zuständigen" - und „zuständig“ sind wahlweise die lokalen Initiativen, die immer noch oder schon wieder als "Nestbeschmutzer" gelten, wenn sie die Zusammenhänge zwischen dem rassistischen und antisemitischen Einstellungspotential in der Mitte der Gesellschaft und rechtsextremen Gewalttaten thematisieren und "keine Ruhe" geben. Das sind aber auch die Sicherheitsbehörden, angefangen beim Bundesinnenministerium, über das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt (BKA), die Landeskriminalämter (LKAs) und deren Staatsschutzabteilungen ebenso wie die örtlichen Polizeidienststellen. Ihr Umgang mit dem Phänomen rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Gewalt- und Straftaten ist Gegenstand dieses Berichts.

Das Büro der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke stellt seit 1992 – d.h. seit nunmehr zehn Jahren – monatlich parlamentarische Anfragen über „ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen“ im jeweils zurückliegenden Monat. Gegenstand gesonderter Abfragen sind darüber hinaus „antisemitische

¹ Vgl. u.a. „Bombenanschlag von Düsseldorf – Schily vermutet rassistisches Motiv“, Der Tagesspiegel, 29.07.2000

² „Hätte gebrannt wie Zunder“, die tageszeitung, 08.02.2002

Ausschreitungen“. Hinzu kommen inzwischen 26 Kleine Anfragen zu rechtsextrem motivierten Tötungsdelikten. In den Antworten der Bundesregierung wurde und wird immer wieder deutlich, dass die Zahlen, mit denen das Bundesministerium des Innern die Parlamentarier und die Öffentlichkeit über das Ausmaß rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten informiert, nur mangelhaft und unvollständig sind. Auch die Bereitschaft, überhaupt Auskunft über derartige Vorfälle zu geben, ist nicht sonderlich ausgeprägt.³

Zahlen und Statistiken lassen sich je nach politischem Kalkül interpretieren, einsetzen, verschweigen und umdeuten. Hier sei nur an das jüngste Beispiel für den Umgang mit Zahlen bei der Bilanz im „Kampf gegen Rechtsextremismus“ aus dem Bundesinnenministerium erinnert: Auf die Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (PDS) zum „Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten“ hatte die Bundesregierung geantwortet, zwischen April 2001 und März 2002 seien 66 von insgesamt 170 Anrufern, die sich bei der Telefon-Hotline des Bundesamtes für Verfassungsschutz gemeldet hatten und als „potenziell ausstiegswillig“ eingestuft wurden, ins Aussteigerprogramm aufgenommen worden. 27 Betreuungsfälle seien inzwischen wieder beendet worden, so dass derzeit 39 Neonazis durch das Programm betreut werden.⁴ Ungeachtet der Tatsache, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bundesweit im Jahr 2001 10.400 aktive rechtsextreme Skinheads zählte und deren Anzahl im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, verteidigt das BfV das Aussteiger-Programm munter als Erfolg.⁵

Bei der Auswertung der offiziellen Statistiken über rechtsextrem motivierte Gewalt- und Straftaten lässt sich eine erschreckende Diskrepanz zwischen den von den Ländern und vom Bund gemeldeten Zahlen feststellen. Bei rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikten werden aus den Bundesländern für das Jahr 2001 insgesamt 846 Gewaltdelikte gemeldet.⁶ Die Bundesregierung meldete für den gleichen Zeitraum lediglich 577 Gewaltdelikte.⁷

Auch die Bilanz der sonstigen rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten, bei denen es sich überwiegend um Propagandadelikte handelt, weist eine erhebliche Diskrepanz auf. Aus den Bundesländern werden insgesamt 14.016 derartige Straftaten für das Jahr 2001 gemeldet.⁸ Die Bundesregierung meldet für den gleichen Zeitraum lediglich die Zahl von 9073.⁹

Die vorliegende Quellenlage lässt keine verlässlichen Rückschlüsse darauf zu, ob die jeweiligen Bundesländer oder die Bundesregierung für diese Diskrepanzen

³ vgl. „Offenbarungseid der Polizeistatistiker – Registrierung rechtsextremistischer Straftaten“, Mark Holzberger in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP (1/2001)

⁴ BT-Drucksache 14/0 vom 18.03.2002

⁵ vgl. „Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten als Erfolg bewertet“, Reuters, 12.03.2002

⁶ s. Tabelle 1 „Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewaltdelikte 2001 Bund/Länder“

⁷ Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS: BT-Drucksachen 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732

⁸ s. Tabelle 2 „Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter sonstiger Straftaten 2001 Bund/Länder“

⁹ Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS: BT-Drucksachen 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732

verantwortlich sind. Die Frage, ob die Länder ihre Zahlen bis zum Jahresende 2001 nicht vollständig an den Bund weitergeleitet haben oder ob die Bundesregierung – aus unbekanntem Gründen – von den Bundesländern gemeldete Delikte nicht in die eigene Erfassung aufgenommen hat, kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Anhand der Quellenlage scheint es jedoch zulässig, davon auszugehen, dass einige Bundesländer bis zum Jahresende 2001 eine erhebliche Anzahl von Delikten nicht an die Bundesregierung gemeldet hatten. So meldete beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern lediglich in der ersten Jahreshälfte 2001 11 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten an die Bundesregierung und kein einziges Gewaltdelikt aus der 2. Jahreshälfte 2001.¹⁰ Im Extremismusbericht 2001, Statistiken LKA Mecklenburg-Vorpommern, wird im März 2001 eine Gesamtzahl von 40 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten gemeldet.¹¹ Niedersachsen hatte bis zum Jahresende 2001 lediglich 649 von 1.515 sonstigen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten an die Bundesregierung gemeldet; Thüringen zum gleichen Zeitpunkt lediglich 248 von 1241.¹² Auf eine Beantwortung der Frage, wer für diese Diskrepanzen verantwortlich ist, sollte gedrängt werden. Denn nur durch einen anderen Umgang der Verantwortlichen mit den Fallzahlen kann ein annähernd realistischer Gesamtüberblick über das Ausmaß rechter Gewalt und Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland gewonnen werden.

Kapitel 1: Wann wird eine Straftat als „politisch motiviert – rechts“ gewertet und registriert?

I. Begriffsklärung zur reformierten Zählweise von politisch motivierten Straftaten

Am 9. November 2000 sprachen sich auf der Ebene der Innenbehörden Bund und Länder für eine Neuregelung des bis dato geltenden kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Staatsschutz“ aus. Auf der Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) am 9./10. Mai 2001 einigten sich beide Seiten dann auf die Einzelregelungen des neuen Kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Politisch motivierte Kriminalität“ (KMPD-PMK), dessen Einführung rückwirkend seit dem 1. Januar 2001 für alle Bundesländer verbindlich sein soll. Der KMPD-PMK löste den bis zum 31.12.2000 gültigen "Kriminalpolizeilichen Meldedienst Staatsschutzkriminalität" (KMPD-S) ab und unterscheidet sich grundlegend von letzterem. Basierend auf dem Bericht der "Kommission Staatsschutz zum Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität" vom 14. März 2001 wurden die Kriterien zur Erfassung von politisch motivierten Straftaten erheblich verändert. Die wesentlichsten Neuerungen sollen hier noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden:

¹⁰ Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS: BT-Drucksachen 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732

¹¹ Extremismusbericht 2001 Kap. VI – Lagebild Staatsschutz 2001, Statistiken LKA Mecklenburg-Vorpommern

¹² vgl. Tabelle 2 „Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter sonstiger Straftaten 2001 Bund/Länder“

- „Entsprechend dem Ziel einer sowohl realistischen als auch einheitlichen Erfassung von Straftaten, die die staatliche Sicherheit im weiteren Sinn betreffen, wurde die ‚politisch motivierte Tat‘ zum neuen zentralen Begriff des kriminalpolizeilichen Meldedienstes.
- Entscheidend für die Bewertung einer Straftat als politisch motivierte Tat ist das jeweils tatauflösende politische Element entsprechend den objektiven Umständen der Tat und/oder der Einstellung des Täters. Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.
- Der Angriff rechtsorientierter Jugendlicher oder auch Unbekannter auf einen deutschen Obdachlosen stellt eine (zu vermutende) politisch motivierte Tat dar und wird als solche im Rahmen der KPMD-PMK erfasst.“¹³

Gleichzeitig wurde in Anlehnung an die im angelsächsischen Raum seit längerem gängige Kategorie der „Hate Crimes“ die Kategorie „Hasskriminalität“ als ein Themenfeld der politisch motivierten Kriminalität eingeführt. Danach bezeichnet „Hasskriminalität“ politisch motivierte Straftaten, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer/ihres politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse¹⁴, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung, gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.“¹⁵

Fremdenfeindliche Straftaten sind Teilmengen der Hasskriminalität, die aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion oder Herkunft des Opfers verübt werden. Auch antisemitische Straftaten sind Teilmengen der Hasskriminalität, die aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen werden.¹⁶

Die Notwendigkeit eines neuen KPMD-PMK haben u.a. die Autoren des Ersten Periodischen Sicherheitsberichts, darunter Wissenschaftler aus den Bereichen Kriminologie, Soziologie und Psychologie sowie Vertreter des Bundeskriminalamtes, des Statistischen Bundesamtes und der Kriminologischen Zentralstelle, ausführlich

¹³ Kommission „Staatsschutz“, Zusatzinformation zum neuen Kriminalpolizeilichen Meldedienst „Politisch motivierte Kriminalität“

¹⁴ Hier wäre anzumerken, dass der englische Begriff „Race“ von den Autoren des BKA offensichtlich wörtlich mit dem deutschen Begriff „Rasse“ übersetzt wurde. Allerdings wird im umgangssprachlichen Englisch der Begriff „Race“ verwendet, um eine Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe wie beispielsweise AfroamerikanerInnen oder Hispanics zu beschreiben. Die Bedeutung des deutschen Begriffs „Rasse“ geht demgegenüber von der wissenschaftlich nicht haltbaren Konstruktion sogenannter „menschlicher Rassen“ aus. Es bleibt zu hoffen, dass der unkritische Umgang mit dem deutschen Begriff „Rasse“ bei der Definition von Hasskriminalität geändert wird.

¹⁵ Vgl. Bericht der Kommission ‚Staatsschutz‘ zum Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Meckenheim, 14.03.2001

¹⁶ a.a.O.

begründet.¹⁷ So führen sie in dem im Juli 2001 erschienenen Bericht neben anderem aus:

"Eine systematische und auf die zeitliche Veränderung hin orientierte Darstellung politisch motivierter Kriminalität ist auf jene Daten angewiesen, die von den Polizeien der Länder erfasst und schließlich vom Bundeskriminalamt zusammengefasst dargestellt werden. Hier sind vor allem die Staatsschutzabteilungen des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter tätig. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich auf alle Straftaten, die nach ihrer Definition

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder die eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben;
- die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht zum Gegenstand haben;
- die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden;
- die in der Zielrichtung gegen Personen begangen werden, denen die Täter (aus intoleranter Haltung heraus) aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes ein Bleibe- oder Aufenthaltsrecht in ihrer Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik bestreiten, oder gegen sonstige Personen, Institutionen, Objekte, Sachen begangen werden, bei denen Täter aus fremdenfeindlichen Motiven heraus handeln.

Bei der politisch motivierten Kriminalität spielt mehr noch als bei der allgemeinen Kriminalität die Definitionsmacht der Polizei eine starke Rolle.¹⁸

Die Autoren verdeutlichen auch die Schwierigkeiten, die in der polizeilichen Praxis beim Erfassen, Bewerten und Zählen politisch motivierter Delikte auftreten:

Eine Schwierigkeit ergebe sich schon daraus, dass sich Tatverdächtige über ihre Motive nicht äußern müssen oder keine Täter ermittelt werden können. Ob und inwieweit die Motivation eines Tatverdächtiger als fremdenfeindlich bzw. als rechtsextremistisch charakterisiert liege somit zumindest teilweise im Ermessen des ermittelnden Beamten. Je nach Perspektive, unter der eine Straftat wahrgenommen wird, können gleiche Fälle daher jeweils unterschiedlich kategorisiert werden. Durch präzisere Definitionen und verfahrensrechtliche Regelungen, wie sie probeweise am 1. Januar 2001 in Kraft getreten sind, dürfte die Arbeit der Polizeibeamten jedoch handhabbarer und möglicherweise auch erleichtert werden.

¹⁷ Herausgeber des Ersten Periodischen Sicherheitsberichts sind das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium der Justiz. Mitglieder des von den Ministerien berufenen Gremiums waren zur Zeit des Ersten Periodischen Sicherheitsberichts: Norbert Seitz, Dr. Roger Kiel, Uta von Kiedrowski (Bundesministerium des Innern), Christian Lehmann, Dr. Richard Blath (Bundesministerium der Justiz), Prof. Dr. Roland Eckert, Universität Trier; Prof. Dr. Wolfgang Heinz, Universität Konstanz; Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Universität Tübingen; Prof. Dr. Christian Pfeiffer, ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (mit Berufung zum Justizminister Niedersachsens im Dezember 2000 aus dem Gremium ausgeschieden); Prof. Dr. Karl F. Schumann, Universität Bremen; Dr. Peter Wetzels, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (im Dezember 2000 ins Gremium berufen); Prof. Dr. Rudolf Egg, Direktor der Kriminologischen Zentralstelle e. V.; Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes; Leo Schuster, Erster Direktor im Bundeskriminalamt.

¹⁸ Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Juli 2001, S. 264f.,
http://www.bmi.bund.de/frame/dokumente/Artikel/ix_49371.htm

In einem eigenen Meldedienst erfasst die Polizei seit dem 1. Juli 1993 darüber hinaus gesondert antisemitische Straftaten; es gibt jedoch aufgrund einer fehlenden Legaldefinition keine Richtlinien, was als antisemitische Straftat zu gelten hat. Die Zuordnung erfolgt, wenn überhaupt, nach Tätermotiven und angegriffenen Personen oder Objekten.

Auf dieser unzuverlässigen und vagen Grundlage bewerten und erfassen die Polizeibeamten eine Straftat als fremdenfeindlich, rechtsextremistisch oder antisemitisch und melden sie über die Landeskriminalämter an das Bundeskriminalamt, welches daraufhin - in Absprache mit den Ländern - die bundesweite Staatsschutzstatistik erstellt. Gibt es im Laufe der weiteren Ermittlungen vor Ort neue Erkenntnisse, so werden diese ebenfalls in diese Datei aufgenommen. Die Jahreslageberichte geben den Kenntnisstand zum Jahresende wieder.

Die tatsächliche Handhabung der von Bundeskriminalamt und Landeskriminalämtern entwickelten Definitionen vor Ort ist somit völlig offen. „Das Anzeigeverhalten von Opfern und Zeugen, das persönliche Problembewusstsein der Polizeibeamten, das Problembewusstsein in den Ländern, die Meldedisziplin der Polizeidienststellen etc. und - wie berichtet wird - auch Opportunitätsgesichtspunkte, bei denen eine Rolle spielt, dass man den Ruf seiner Stadt oder seines Landes nicht schädigen will, spielen hier eine wichtige Rolle

Um statistische Doppelzählungen zu vermeiden und eine eindeutige Zuordnung zu gewährleisten, werden in der Praxis Taten, die beispielsweise neben einem fremdenfeindlichen auch noch einen rechtsextremistischen oder antisemitischen Hintergrund haben, als fremdenfeindliche Straftaten gezählt. Unter antisemitische und rechtsextremistische Straftaten fallen also nur solche, die keinen fremdenfeindlichen Hintergrund haben. Es bleibt freilich unklar und auch zweifelhaft, ob diese abstrakten Vorgaben, wie sie von Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern entwickelt wurden, auch im Alltag vor Ort so Anwendung finden. Spezielle Untersuchungen hierzu oder eine Datenqualitätskontrolle sind nicht bekannt. Bei der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes am 22.11.2000 trug der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes vor: "Es gibt z. B. Länderpolizeien, die in großzügiger Weise fast alle Delikte aus dem hier in Rede stehenden Phänomenbereich unter das Rubrum Rechtsextremismus stellen, und andere, die eine eher enge Auslegung dieses Begriffs pflegen und in umgekehrter Weise spitz differenzieren, ob ein Delikt rechtsextremistisch, antisemitisch oder ‚nur‘ fremdenfeindlich motiviert war. (...) Offenbar ist es gängige Praxis, grundsätzlich auf eine staatschutzgemäße Erfassung zu verzichten, wenn die Ermittlungen zum subjektiven Tatbestand einer konkreten Einzelstraftat keine positiven Anhaltspunkte für das Vorliegen eines derartigen Motivs ergeben. Kriminalisten und Strafrichter wissen jedoch, dass Tatverdächtige zu ihren Motiven häufig keine oder nur unglaubhafte Angaben machen. Eine Erfassung unterbleibt offenbar oft selbst dann, wenn Tatverdächtige sich zu ihren Motiven zwar ausschweigen, aber z. B. unzweifelhaft Cliques von Neonazis oder Skinheads angehören oder wegen fremdenfeindlicher Übergriffe längst amtsbekannt sind und der objektive Tatbefund sowie der Charakter der Straftat zwanglos zu diesem personalen Hintergrund passen. "¹⁹

Inwieweit sich an den Befindlichkeiten vor Ort und der Meldepraxis der Länder etwas geändert hat, soll im folgenden anhand einiger Beispiele untersucht werden. Dass die Innenministerien der Länder und die Landeskriminalämter der Einführung des KPMD-PMK mehrheitlich skeptisch bis ablehnend gegenüber standen und teilweise bis heute

¹⁹ Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Juli 2001, S. 269

stehen, ist bekannt. Wie groß die Unterschiede zwischen den Ländern sind, lässt sich derzeit auch anhand der Einführungstexte der jeweiligen Landesbehörden bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistiken bzw. Verfassungsschutzberichte nachvollziehen: So heißt es beispielsweise im Vorwort des Berichts über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin 2001 relativ neutral: „Auf dieser Basis [des veränderten KPMD-PMK] soll eine differenzierte, über den Bereich des politischen Extremismus hinausreichende und an dem ‚tatauslösenden politischen Element‘ anknüpfende Darstellung unter den Gesichtspunkten Deliktsqualität, Themenfeld, Phänomenbereich, internationale Bezüge und extremistische Kriminalität gewährleistet werden, die Grundlage für effektive präventive und repressive Maßnahmen bilden soll.“ Dagegen schreibt beispielsweise der Staatssekretär des Inneren des Landes Brandenburg, Eike Lancelle, in der brandenburgischen "Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001" einerseits: "Der KPMD-PMK beruht auf einem völlig veränderten Definitionssystem. (Auch die Definition zu politisch motivierten Gewaltdelikten hat sich verändert. Eine weitaus detailliertere und differenziertere Lagedarstellung wird damit möglich.)"²⁰ Andererseits verhehlt Staatssekretär Lancelle zwei Sätze weiter nicht sein Missfallen über die daraus resultierenden Konsequenzen für den Deliktbereich der sogenannten Propagandadelikte. "Eine wesentliche Neuerung ist, dass die Propagandadelikte in ihrer Gesamtheit in die Meldepflicht genommen wurde; selbst dann, wenn keine explizite politische Motivation für die Begehung der Tat vorliegt."²¹

Die bundesweit vielleicht eindeutigste Ablehnung der KPMD-PMK formuliert das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern. Innenminister Gottfried Timm (SPD) hatte sich schon im Jahr 2000 vehement gegen eine Neudefinition politisch motivierter Straftaten gestäubt und schließlich in zähen Verhandlungen mit seinen Innenministerkollegen durchgesetzt, dass Propagandadelikte als eigenständige Rubrik aufgeführt werden. Timms Ziel, das im übrigen die Mehrheit seiner Kollegen durchaus begrüßt: Aufzuzeigen, dass rechtsextreme Straftaten in der Mehrheit keine Gewalt-, sondern scheinbar harmlosere Delikte wie Verstöße gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (z.B. Hakenkreuzschmierereien) sind.²² Diese Haltung prägt auch den Extremismusbericht 2001 des Ministeriums von Gottfried Timm. Dort heißt es auf Seite 1: "(...) Da in der Vergangenheit nur die zweifelsfrei politisch motivierten Propagandadelikte in die Statistik einfließen, der Bereich der Propagandadelikte jedoch den zahlenmäßig größten Anteil am Fallaufkommen der politisch motivierten Kriminalität stellt, ergibt sich hieraus ein für das Jahr 2001 insgesamt vergrößertes Fallaufkommen. Diese Entwicklung ist jedoch ausschließlich auf das neue Meldeverfahren zurückzuführen und lässt keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Entwicklung des Fallaufkommens zu." De facto stellt der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern damit den Kern der Definitionen von politisch motivierten Delikten im KPMD-PMK komplett in Frage.

²⁰ Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001, Ministerium des Inneren, Land Brandenburg, 05.02. 2002, S.5

²¹ Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001, Ministerium des Inneren, Land Brandenburg, 05.02.2002, S.5

²² vgl. "Wie zählt man Rechtsextremismus?", Frankfurter Rundschau, 16.05.2001. Der Autor Pitt von Bebenburg schreibt u.a.: "(...) Monatlang hatte es gedauert, bis sich die Innenminister auf das Verfahren verständigen konnten. Mecklenburg-Vorpommern, das wie einige andere noch nicht vorab auf die neue Zählweise umstellte, galt etlichen Ländern als Bremser. Der Verdacht: Schwerin wolle wegen der ohnehin hohen Zahl von rechtsextremen Straftaten einen steilen Anstieg durch die neue Statistik vermeiden. (...)“

Derartige Vorgaben aus dem Schweriner Innenministerium führen offensichtlich auch dazu, die Autorität des Staatsschutzes beim Landeskriminalamt - so sie je bestanden hat - vollständig zu unterminieren. So beklagte sich Ende Februar diesen Jahres Ulrich Hinse, Leiter des Staatsschutzamtes beim LKA Mecklenburg-Vorpommern, gegenüber der Nachrichtenagentur ddp ganz offen über die Meldepraxis von örtlichen Polizeibeamten und über Kommunikationsdefizite innerhalb der Landespolizei;²³ "Manche Skinhead-Gruppe wird uns einfach von örtlichen Polizeibeamten als Gefahrenpotenzial nicht gemeldet." Skinheads würden vielfach unterschätzt. Er habe zudem zudem den Eindruck, dass solche Informationen gelegentlich „bewusst unter der Decke gehalten werden“. Auch in einigen kommunalen Amtsstuben gebe es offenbar „nicht nachzuvollziehende Befindlichkeiten“. Wenn dann nicht aus der Bevölkerung Warnsignale kämen, könne der Staatsschutz nicht rechtzeitig eingreifen. Anlass für die Beschwerden des Staatsschutzleiters war ein massives Fehlverhalten örtlicher Polizeibeamter bei einer Serie rechtsextremer Gewalttaten in der Kleinstadt Crivitz in Westmecklenburg Ende Januar 2002.²⁴

Aber auch andernorts äußerten Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den letzten Monaten wiederholt Kritik an den Bereitschaft der örtlichen Polizei, rechtsextreme und/oder rassistisch motivierte Straftaten als solche zu verfolgen und zu erfassen. So kritisierte beispielsweise die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (BORG) in Frankfurt/Oder anlässlich eines Angriffs von mehreren Dutzend rechtsgerichteter Jugendlicher und junger Erwachsener auf nicht-rechte Jugendliche am 22. Februar 2002 im Stadtzentrum Frankfurt/Oder, dass der Polizeinotruf "auf die Hilferufe von Betroffenen, es würden mehrere Dutzend 'Faschisten auf einige Jugendliche einschlagen', mit dem Kommentar, dass nicht alle Glatzen Rechte wären,"²⁵ reagierte. Auch als die Opfer auf der Polizeiwache Anzeige erstatten wollten, seien sie nicht ernst genommen und schikaniert worden, so BORG. "Ein Jugendlicher berichtete über seine Vernehmung, dass ihn der Vernehmungsbeamte wüst attackiert habe. Auf die Aussage, ihn hätten 'mehrere Faschisten' u.a. mit einer Schreckschusspistole auf den Kopf geschlagen, habe der Vernehmungsbeamte höchst ungehalten reagiert. Er habe den Jugendlichen angeherrscht, wie er 'die Täter einfach als Faschisten bezeichnen' könne, die 'sich prügelnden Idioten seien sowieso alle gleich'. Der Jugendliche verließ daraufhin mit den anderen Zeugen die Polizeiwache, zu einer Anzeigenaufnahme kam es aufgrund des Verhaltens des Beamten nicht mehr."²⁶ Die offizielle Version von einer "unpolitischen Schlägerei" und "Abstrafaktion", die von den teilweise durch Fußtritte und Schläge erheblich verletzten nicht-rechten Jugendlichen vehement bestritten wird, übernimmt dann der brandenburgische Verfassungsschutz und kommentiert anlässlich der von unabhängigen AntifaschistInnen am 8. März 2002 als Reaktion auf den rechten Überfall organisierten Demonstration in Frankfurt/Oder in offen verharmlosender und entpolitizierender Diktion unter der Überschrift "Nazigewalt herbeigeredet. Keine extremistischen Ausschreitungen" die Demonstration: "Anlass (...) war eine Massenschlägerei vom 22. Februar in Frankfurt (Oder), an der sich aus einer größeren Ansammlung heraus mindestens 20 Personen beteiligten. Als die Polizei vor Ort eintraf,

²³ "Staatsschützer beklagen Infodefizit - Oftmals zeigen nur Warnsignale aus der Bevölkerung Probleme auf", ddp, Schwerin, 20.02.2002

²⁴ vgl. u.a. "Nach dem Rückzug der Polizei: Der Mob terrorisierte Crivitzer. Brutale Überfälle zur Geschäftszeit / Streifenwagen musste aus Brühl kommen", Schweriner Volkszeitung, 01.02.2002

²⁵ "Schwere Verletzungen nach Angriff durch rechte Jugendliche", Presseerklärung der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (BORG), Frankfurt/Oder, 23.02.2002

²⁶ ebd.

zogen sich die Schläger und ihre Sympathisanten zunächst zurück. Die Polizei sprach Platzverweise aus, nahm Personalien auf und einen Jugendlichen, der aktiv Widerstand leistete, fest. Eine Gruppe von etwa 50 Jugendlichen sammelte sich an anderer Stelle erneut. Wieder musste die Polizei mit Platzverweisen und Festnahmen renitenter Jugendlicher einschreiten. Ein Jugendlicher wurde bei der Keilerei durch einen Schlag mit dem Kolben einer Schreckschusspistole am Kopf verletzt, ein anderer musste ins Klinikum verbracht werden. Die Ermittlungen ergaben, dass Jugendliche, die verschiedenen Jugendszenen angehören (‘Faschos’, Skater, Rollerblader, Hip-Hopper, Boarder), sich im Internet zu der Schlägerei verabredet hatten. Auf der Homepage "Infortiot", auf der sich auch linksextremistische Gruppen zu Wort melden, wurde der Vorfall zu einem ‚Nazi-Überfall‘ uminterpretiert. Deshalb der Demonstrationsaufruf! Aber es liegen Hinweise vor, dass es sich bei der Massenschlägerei bloß um eine Abstrafaktion gegen einen der Beteiligten gehandelt hat. Es kommt nicht oft vor, dass eine Schlägerei, die extremistisch motiviert schien, einen anderen Hintergrund hatte; der gewaltlose Verlauf einer ‚Antifa‘-Demonstration ist ebenfalls nicht selbstverständlich."²⁷ Wie der brandenburgische Verfassungsschutz zu dieser Einschätzung kommt, bleibt sein Geheimnis. Die Intention seiner Autoren ist allerdings kaum zu leugnen. Einen rechtsextremen Angriff nach altbewährten Muster als „Schlägerei“ unter sogenannten „rivalisierenden Jugendbanden“ zu entpolitisieren.

Die Liste der Fälle aus dem Jahr 2001 und den ersten Monaten des Jahres 2002, in denen politische Hintergründe für rechte Gewalttaten nach wie vor verschwiegen oder zu "jugendtypischen Schlägereien" verharmlost werden, ließe sich beliebig fortsetzen. Das ausgewählte Beispiel dient lediglich dazu, zu verdeutlichen, dass einige Sicherheitsbehörden mit allen Mitteln darum kämpfen, die Definitionsmacht und –kompetenz im Bereich Rechtsextremismus, die von Seiten der Öffentlichkeit und der Medien nicht erst seit den V-Mann-Skandalen in der NPD immer wieder in Frage gestellt wird, zurück zu erlangen. Ferner macht dieses Beispiel deutlich, dass sich hinter allen abstrakten Zahlen, die in den kommenden Kapiteln verglichen werden, immer auch individuelle Erlebnisse von extremer Gewalterfahrung, körperlicher Verletzung und oft eben auch doppelter Traumatisierung durch den Umgang staatlicher Behörden mit Opfern rechter Gewalt verbergen. Daran hat sich offenbar seit der Ausrufung des „Aufstands der Anständigen“ allenfalls punktuell etwas geändert.

II. Die „unpolitischen“ Propagandadelikte

Wie bereits oben ausgeführt, ist ein wesentlicher Kritikpunkt der Länder am KPDM-PMK der Umgang mit Propagandadelikten. Offenbar aus Sorge vor noch höheren Fallzahlen lösen einige Länder das Problem der Propagandadelikte durch die Konstruktion sogenannter nicht politisch motivierter Propagandadelikte nach §§86,86a StGB. Als Begründung dafür gibt beispielsweise das Land Berlin an, bei diesen Straftaten handele es sich überwiegend um „Hakenkreuz-Schmierereien“ im öffentlichen Raum, zu denen im Regelfall keine Hinweise auf den Täter und dessen Motivation vorlägen. Daher meldet das Land Berlin im „Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin 2001“ zwar insgesamt 1.397 Straftaten nach §§86,86a StGB. Davon werden jedoch lediglich 238 als „politisch motiviert –rechts“ eingeordnet und in die entsprechende

²⁷ http://www.verfassungsschutz-brandenburg.de/sixcms/list.php?page=homepage_de

Gesamtfallzahl rechtsextrem und/oder fremdenfeindlicher sonstiger Straftaten mit aufgenommen.

Das Land Brandenburg verfährt offenbar ähnlich. In der „Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001“ heißt es: „Die Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation setzt sich fast ausschließlich aus Straftaten zusammen, die rechte Symbolik zum Inhalt haben und damit den Tatbestand von Propagandadelikten (§§86,86a StGB) erfüllen. Eine politische Motivation wird aber in Bewertung der Gesamtumstände der Tat verneint. Im Jahr 2001 wurden im Bereich ‚sonstige/nicht zuzuordnen‘ insgesamt 1.082 Fälle erfasst. Davon sind 1076 Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation (1073 Propagandadelikte).“ Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden von 722 Propagandadelikten lediglich 106 als „politisch motiviert rechts“ eingeschätzt.²⁸

Angesichts von Untersuchungen, die in Bundesländern wie Brandenburg davon ausgehen, dass bis zu 20 Prozent aller Jugendlichen über ein rechtes Weltbild verfügen,²⁹ erscheint es höchst problematisch, eine der öffentlich wahrnehmbaren Ausdrucksformen dieser Haltungen – nämlich rechte Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien – zu entpolitisieren und damit letztendlich das Problem insgesamt zu verharmlosen.

Kapitel 2: Rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte

1. Eine Chronik rechter Tötungsdelikte seit 1990 und ihre Folgen

Einer der wesentlichen Auslöser für die Einführung des reformierten KPMD-PMK war der Streit um die Anzahl von rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Tötungsdelikten seit 1990. Am 14. September 2000 hatten die Tageszeitungen *Frankfurter Rundschau* und *Der Tagesspiegel* eine Übersicht von 93 Fällen veröffentlicht, bei denen seit 1990 Menschen unterschiedlichster Herkunft und Staatsangehörigkeit aus rechtsextremen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven getötet worden waren.³⁰ Bis dato hatte die rot-grüne Bundesregierung lediglich 24 Tote als Opfer rechter Gewalt anerkannt - zehn weniger als die CDU/CSU/FDP-Koalition.³¹ Eine Begründung für die Bereinigung der Statistiken durch Rot-Grün gab es nicht.

²⁸ Extremismusbericht 2001, Kapitel VI, Lagebild Staatsschutz, Statistiken des LKA Mecklenburg-Vorpommern

²⁹ Eine Studie von Dietmar Sturzbecher, die Datenmaterial aus 1996 auswertet, beziffert das Potential der rechtsextremistisch eingestellten Jugendlichen in Brandenburg auf etwa 20 Prozent und weist zudem auf soziale Besonderheiten hin. So fänden sich rechtsextreme ausländerfeindliche Cliques "vorrangig unter Auszubildenden, aber anscheinend auch in den unteren Klassen der Gymnasien, was (...) besondere Beachtung verdient, weil sich hier rechte Eliten rekrutieren könnten". Aus: „Jugend in Brandenburg 96. Jugendgewalt und Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie,“ unveröffentlichtes Manuskript, (1997), Dietmar Sturzbecher, zitiert aus: „Entwicklungen im Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, Stand Januar: 1999“, Bundesamt für Verfassungsschutz, <http://www.verfassungsschutz.de/publikationen/gesamt/reo.html>

³⁰ vgl. Dokumentation: Den Opfern einen Namen geben, *Frankfurter Rundschau* / *Der Tagesspiegel*, jeweils Ausgabe vom 14.09.2000

³¹ „Offenbarungseid der Polizeistatistiker – Registrierung rechtsextremistischer Straftaten,“ Mark Holzberger in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 68 (1/2001)

Mark Holzberger verdeutlicht in seinem Artikel "Offenbarungseid der Polizeistatistiker" zwar, dass es in den Jahren seit 1990 zwischen dem BKA und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gravierende Differenzen in der Erfassungspraxis politisch motivierter Straftaten gab.³² So zählte das BfV regelmäßig erheblich mehr rechtsextreme Straf- und Gewalttaten als das BKA. Denn das BfV stützte sich in seinen Zählungen bis zum 1. Januar 1996 neben den beim BKA vorliegenden Ermittlungsdaten auch auf eine Auswertung der Presse und auf Berichte von Informanten und V-Männern, die entweder im Umfeld der Täter aktiv oder selbst an Straftaten beteiligt waren. Dazu kam, dass das BKA lediglich Tötungsdelikte, Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen, Körperverletzungen und Landfriedensbrüche in der Definition politisch rechts motivierter Straftaten registrierte, während beim BfV auch "Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendungen" zu den Gewalttaten zählten. Der damalige Innenminister Manfred Kanther (CDU) ordnete Mitte der 90er Jahre dann allerdings nicht nur an, dass das BfV ab dem 1. Januar 1997 die gleichen Deliktgruppen wie das BKA zu zählen hatte; auch rückwirkend bis zum Jahr 1989 wurden die "überzähligen" rechten Gewalttaten aus den Statistiken entfernt.³³

Doch selbst mit Verweis auf ein derartiges Definitionswirrwarr ließ sich seitens der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 die Zahl der 24 "offiziell anerkannten" Todesopfer rechter Gewalt nicht erklären, so dass Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) unmittelbar nach der Veröffentlichung der beiden Tageszeitungen eine Prüfung der dort genannten Fälle durch das BKA anordnete, das wiederum die Landeskriminalämter (LKAs) anwies, die Fälle erneut zu bewerten. Inzwischen geht das Bundesministerium des Innern davon aus, dass im Zeitraum vom 3. Oktober 1990 bis zum 1. Juli 2000 36 Menschen rechter Gewalt zum Opfer fielen.³⁴ Eine Zahl, die mit der Realität und den Kriterien des KPMD-PMK so wenig zu tun hat wie alle Zahlen, die die Bundesregierungen seit 1990 zu dieser Frage veröffentlicht haben. Auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS heißt es zu einer nachträglichen Neubewertung der sogenannten Altfälle lediglich lapidar: „In den übrigen Fällen haben die zuständigen Länderdienststellen einen von rechtsorientierter Motivation getragenen Tathintergrund auch nach erneuter Überprüfung nicht festgestellt.“³⁵ Eine Erklärung für dieses Ergebnis findet sich in der Antwort der Bundesregierung vom 1. Oktober 2001 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS nach rechtsextrem motivierten Tötungsdelikten gegen Obdachlose und deren Erfassung. Dort heißt es u.a.: „Für die Bewertung und Erfassung von rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten, die vor dem 1. Januar 2001 begangen worden sind, ist der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst – Staatsschutz“ (KPMD-S) einschlägig. (...) Demzufolge gelten für Straftaten, die vor der Einführung des KPMD-PMK begangen worden sind, auch nach Einführung des neuen Meldedienstes die Kriterien des KPMD-S.“³⁶ Zuständig sowohl für die Ersterfassung eines Delikts als auch für eine nachträgliche Neubewertung seien die Polizeidienststellen der Länder.³⁷

³² „Offenbarungseid der Polizeistatistiker - Registrierung rechtsextremistischer Straftaten“, Mark Holzberger in: Bürgerrechte & Polizei CILIP 68 (1/2001)

³³ ebd.

³⁴ BT-Drucksache 14/5032, Antwort der Bundesregierung vom 27.12.2000 auf eine Kl. Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der PDS-Bundestagsfraktion

³⁵ a.a.O.

³⁶ BT-Drucksache 14/7003 vom 01.10.2001

³⁷ a.a.O.

Hätte es die Bundesregierung mit ihrer Ankündigung ernst gemeint, die rechts motivierten Tötungsdelikte der letzten zehn Jahre durch das BKA und die jeweiligen LKAs überprüfen zu lassen, wäre es naheliegend und notwendig gewesen, die sogenannten „Altfälle“ nach dem neuen KPMD-PMK zu überprüfen und nicht nach dem von allen Seiten für unzureichend erklärten KPMD-S, mit dem über zehn Jahre die Fallzahlen so niedrig wie möglich gehalten wurden. Allerdings scheint auch der Wille, bei Tötungsdelikten ab dem 1. Januar 2001 den KPMD-PMK anzuwenden, nicht sonderlich ausgeprägt. Schließlich ergäbe sich daraus eine wesentlich höhere Fallzahl. Und es müssten entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Anhand der nachfolgenden Beispiele wird jedoch deutlich, dass es sich bei den Verlautbarungen der Länderinnenminister und des Bundesministers des Innern im Sommer 2000 und den Überprüfungen bei der Erfassung rechtsextrem motivierter Tötungsdelikte bestenfalls um gut gemeinte Reparaturmaßnahmen und schlimmstenfalls um eine fortgesetzte Verhöhnung der Opfer und ihrer Angehörigen handelt.

Grundsätzlich existieren zur Frage der Opfer rechtsextrem motivierter Tötungsdelikte seit dem 3. Oktober 1990 eine Reihe von sehr unterschiedlichen Zahlen. Die Bundesregierung geht von 36 Todesopfern aus, Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel gehen in den Dokumentationen vom September 2000 und Oktober 2001 von insgesamt 97 Todesopfern aus und unabhängige antifaschistische Initiativen sprechen von über 100 Todesopfern.³⁸ Legt man die von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel recherchierten Fälle³⁹ zugrunde und addiert dazu die u.g. weiteren Tötungsdelikte aus den Jahren 2000 und 2001, die die Kriterien des KPDM-PMK nachvollziehbar erfüllen, erhöht sich die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt seit Oktober 1990 auf 99.

II. Der Umgang mit sogenannten Altfällen: Der Tod des Obdachlosen Horst Pulter am 5. Februar 1995 in Velbert (Nordrhein-Westfalen)

Am 5. Februar 1995 wird der 65jährige Obdachlose Horst Pulter in Velbert von sieben rechtsradikalen Jugendlichen mit Tritten und Schlägen auf einer Parkbank gequält. Die Gruppe war zum "Pennerklatschen" durch die Stadt gezogen, sie verhöhnte ihr Opfer als "Penner" und "Scheiß Jude". Dann erstach ein 22jähriger, der wegen rechtsextremer Umtriebe aus der Bundeswehr entlassen worden war, den Obdachlosen. In den Wohnungen der Täter wurden Fotos mit Hakenkreuzen und Hitlergruß gefunden. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal betonte, es bestünde "kein Zweifel am nationalsozialistischen Hintergrund der Tat." Ein Jahr nach der Verurteilung der Täter teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (PDS) mit, die Ermittlungen hätten keine "Anhaltspunkte für eine politische Organisation oder Motivation der Tat" ergeben.⁴⁰ Aus den Gerichtsurteilen ergebe sich lediglich, dass "die Täter aus einer gegenüber Obdachlosen feindlichen Haltung heraus gehandelt haben." Im September 2001 erklärt ein Sprecher des Polizeipräsidiums Düsseldorf auf Nachfrage von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel. "Aus der Sicht von heute" sei

³⁸ vgl. Antifaschistisches Infoblatt Nr. 51, 2/2000

³⁹ Der Mord an dem Obdachlosen Dieter Manzke wird in der Dokumentation von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel vom 5.10.2001 schon als Hasskriminalitätsdelikt aufgeführt.

⁴⁰ BT-Drucksache 13/5381 vom 01.08.1996

der Tod von Horst Pulter ein Tötungsdelikt mit rechtsextremer Motivation. Das sei ein Fall, "der ins Meldemuster fällt". Doch das Polizeipräsidium Düsseldorf hat seine neuen Erkenntnisse offenbar nicht ans LKA Nordrhein-Westfalen weitergegeben, das dafür zuständig wäre, Horst Pulter nachträglich als ein weiteres Opfer rechter Gewalt an das BKA zu melden.⁴¹ Für eine solche Meldung sprechen neben der offensichtlich rechtsextremen Einstellung der Täter auch die Kriterien des KPMD-PMK, die ausdrücklich betonen: "Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, das sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet. Der Angriff rechtsorientierter Jugendlicher oder auch Unbekannter auf einen deutschen Obdachlosen stellt eine (zu vermutende) politisch motivierte Tat dar und wird als solche im Rahmen der KPMD-PMK erfasst."

Im Fall des Obdachlosen Horst Pulter haben Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel dokumentiert, wie von Seiten der örtlich zuständigen Polizeidirektion und des LKAs mit dem Ersuchen des BKAs vom September 2000 umgegangen wurde, die 93 von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel angeführten Fälle rechtsextrem, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierter Tötungsdelikte erneut zu prüfen und gegebenenfalls neu zu klassifizieren. Angesichts der nach wie vor hohen Diskrepanz zwischen der Zahl der mittlerweile durch die Bundesregierung anerkannten 36 Tötungsdelikte und der Zahl der von den beiden Tageszeitung genannten Fälle sowie angesichts des Umgangs mit entsprechend motivierten Tötungsdelikten seit der ersten Anfrage des BKA im September 2000 liegt der Verdacht nahe, dass das Ersuchen der Bundesbehörde nicht nur im Fall Horst Pulter von den entsprechenden Dienststellen vor Ort entweder nicht ernst genommen oder ignoriert wurde.

III. Der Umgang mit Todesfällen aus dem Jahr 2000:

Der Tod des Obdachlosen Eckhardt Rütz am 25. November 2000 in Greifswald

Der Obdachlose Eckhard Rütz wurde in der Nacht zum 25. November 2000 in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) vor der Mensa der Universität von drei rechten Skinheads mit Baumstützpfehlen zusammengeschlagen und getreten. Am nächsten Tag starb der 42jährige an seinen schweren Kopfverletzungen. Die Täter gaben an, weil "so einer wie Rütz dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liege", hätten sie dem Obdachlosen "eine Lektion erteilen wollen." Ein 16jähriger Angreifer war bis kurz vor der Tat Mitglied der NPD. Im Juni 2001 verurteilte das Landgericht Stralsund die 16jährigen Maik J. und Marcel L. wegen Mordes zu Jugendstrafen von siebeneinhalb beziehungsweise sieben Jahren. Der 21jährige Maik D. erhielt zehn Jahre Haft. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, die Angeklagten hätten Eckhardt Rütz aus "Verachtung für seine Lebensweise als Obdachloser" getötet und sich mit der Tat "aus

⁴¹ Dokumentation: Den Opfern einen Namen geben, Frankfurter Rundschau, 05.10.2001

Intoleranz und entsprechend ihrer vom nationalsozialistischen Gedankengut geprägten Gesinnung zum Herrn über Leben und Tod aufgespielt."⁴²

Das Urteil des Landgerichtes Stralsund wurde im Juni 2001 gesprochen. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als die Urteilsgründe bekannt waren, hätten das örtliche Polizeipräsidium und das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern den Tod von Eckhard Rütz nach den oben genannten Kriterien des KPMD-PMK als rechtsextrem motiviertes Tötungsdelikt an das BKA melden müssen. Stattdessen passierte gar nichts, bis zur Veröffentlichung der Todesumstände von Eckhardt Rütz in der zweiten Dokumentation von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel im Oktober 2001.⁴³ Daraufhin wies das BKA erneut die LKAs an, die in der zweiten Dokumentation genannten vier Todesfälle und neun Verdachtsfälle zu prüfen, und räumte schließlich am 20. Oktober 2001 ein, dass Mecklenburg-Vorpommern in diesem Fall wohl eine Nachmeldung zu machen habe.⁴⁴ Auf weitere Konsequenzen wartet man bislang vergeblich: Der Extremismusbericht des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2000 erwähnt den Tod von Eckhardt Rütz nicht als politisch rechts motiviertes Tötungsdelikt. Hier ließe sich zur Entschuldigung vielleicht noch vorbringen, dass der Extremismusbericht 2000 zum Zeitpunkt des Urteils des Stralsunder Landgerichts schon fertiggestellt und veröffentlicht war. Aber auch im Extremismusbericht 2001 sucht man vergeblich nach einer Korrektur in diesem Fall. Und bislang hat auch die Bundesregierung Eckhardt Rütz in keiner offiziellen Antwort zu Tötungsdelikten mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Hintergrund erwähnt.

IV. Der Umgang mit Todesfällen aus dem Jahr 2001:

a) Der Tod des 61jährigen Obdachlosen Dieter Manzke am 8./9. August 2001 in Dahlewitz (Brandenburg)

In der Nacht zum 9. August 2001 wurde der 61jährige Obdachlose Dieter Manzke von fünf jungen Männern im Alter von 17 bis 22 Jahren in einem Gartenbungalow zu Tode getreten und geschlagen. Bei ihrer Festnahme räumten sie ein, dass sie den Obdachlosen vertreiben und "Ordnung schaffen" wollten. Ein rechtsextremes Motiv wurde von Staatsanwaltschaft, Landesregierung und Bundesregierung konsequent bestritten. Auf eine entsprechende Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS antwortete die Bundesregierung, eine politische Motivation läge nicht vor.⁴⁵ Am 10. April 2002 verurteilte die Jugendkammer des Landgerichts Potsdam vier von fünf Angeklagten wegen Mordes zu Freiheits- und Jugendstrafen zwischen sieben und 13 Jahren Haft. Der fünfte Angeklagte wurde wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von fünf Jahren verurteilt. In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende Richter, der Mord an Dieter Manzke gelte nach den Kriterien des KPMD-

⁴² Dokumentation: Den Opfern einen Namen geben, Frankfurter Rundschau, 05.10.2001, vgl. auch "Typen von Opfern rechter und fremdenfeindlicher Gewalt, die bisher in den Statistiken nicht erfasst sind; hier: Obdachlose als Opfer", 1. Periodischer Sicherheitsbericht, Juli 2001, S. 273

⁴³ a.a.O.

⁴⁴ Frankfurter Rundschau, Tagesspiegel, 21.10.2001

⁴⁵ BT-Drucksache 14/7003 vom 01.10.2001

PMK des BKA als "politisch motivierte Tat", weil diese sich gegen den gesellschaftliche Status des Opfers gerichtet habe. Dieter Manzke sei ermordet worden, weil die Täter ihn als "Penner und Assi" vertreiben wollten, der Tat habe ein Motivbündel aus "Amtsanmaßung und Menschenverachtung" zugrunde gelegen.⁴⁶

b) Der Tod des 38jährigen Willi W. in Milzau am 24/25. März 2001 in Milzau (Sachsen-Anhalt)

In der Nacht vom 24. zum 25. März 2001 wurde der 38jährige Willi W. in Milzau (Sachsen-Anhalt) von einer fünfköpfigen Gruppe junger Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren vor einer Diskothek zusammengeschlagen und getreten. Drei Tage später starb er an seinen Verletzungen. Die Ermittlungsbehörden rechnen drei der Angreifer zur regionalen rechtsextremen Szene. Zwei von ihnen sind u.a. wegen Propagandadelikten vorbestraft oder nach Jugendstrafrecht ermahnt worden. Die Staatsanwaltschaft Halle sagte, die Gruppe habe mit "unglaublicher Brutalität" agiert. Die Ankläger gingen von "Rache" als Motiv aus, da der 19jährige Haupttäter von seinem Opfer Monate vor dem Angriff wegen unterlassener Hilfeleistung bei einem Verkehrsunfall angezeigt worden war. Bevor sie ihr Opfer zusammenschlugen und tödlich verletzten, hatte die Gruppe in der Diskothek, die als Treffpunkt der rechtsextremen Kameradschaftsszene gilt, Geld von Willi W. verlangt. Ein rechter Hintergrund für den Tod von Willi W. wurde von Polizei und Staatsanwaltschaft daher kategorisch ausgeschlossen. Entsprechend lautete auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS: "Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Tathintergrund sind nach übereinstimmender Einschätzung der zuständigen Polizeidienststelle und der Staatsanwaltschaft nicht erkennbar."⁴⁷ Und auch die Anklage folgte den Vorgaben der Ermittler; sie lautete auf versuchten Raub und Körperverletzung mit Todesfolge.⁴⁸

Die Jugendkammer des Landgerichts Halle beurteilte den Tod von Willi W. am 12. November 2001 jedoch anders: Sie verurteilte alle fünf Tatbeteiligte wegen Mordes zu Haftstrafen und Jugendstrafen zwischen acht und vier Jahren. Die Vorsitzende Richterin betonte auch, dass die Kammer einen ganz klaren Zusammenhang zwischen der brutalen Tat und der rechten Gesinnung der Angeklagten sehe. "Erst in der Gruppe, die Gewalt und die Morde der Altvorderen verherrlicht, bekamen sie die Einstellung, eine solche furchtbare Sache zu machen," so die Richterin. Geltungsbedürfnis und falsch verstandene Kameradschaft, gepaart mit Menschenverachtung und Gleichgültigkeit hätten zu der Tat geführt.⁴⁹

Spätestens nach diesem Urteilsspruch wäre es Aufgabe der örtlich zuständigen Polizeidirektion und des LKA Sachsen-Anhalt gewesen, die Kriterien des KPMD-PMK auf den Fall Willi W. anzuwenden und ihn als Opfer eines politisch motivierten Tötungsdelikts beim BKA zu melden. Dies geschah nicht, so dass sich in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2001, die Innenminister Manfred Püchel (SPD) am 13.

⁴⁶ vgl. Der Tagesspiegel, die tageszeitung, 11.04.2001

⁴⁷ BT-Drucksache 14/6288 vom 06.07.2001

⁴⁸ Dokumentation: Den Opfern einen Namen geben, Frankfurter Rundschau, 05. 10.2001

⁴⁹ "Hohe Haftstrafen nach Disko-Mord", Mitteldeutsche Zeitung, 13.11.2001

Februar 2002 der Öffentlichkeit präsentierte, kein Wort über das politisch rechts motivierte Tötungsdelikt an Willi W. findet.

c) Exkurs Weitere Altfälle:

Der Tod von Frank Böttcher am 8. Februar 1997 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Dass der Mord an Willi W. in Milzau keinen Eingang in die offiziellen Statistiken des Landes Sachsen-Anhalt und des Bundes gefunden hat, verwundert insofern nicht, als Sachsen-Anhalts Innenministerium sich schon bei der Prüfung der "Altfälle" aus der Liste von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel vom September 2000 nicht bereit zeigte, offensichtlich rechtsextrem motivierte Todesfälle als solche im Nachhinein anzuerkennen. Deutlich wird dies am Fall des 17jährigen Punk Frank Böttcher, der am 8. Februar 1997 in Magdeburg von einem Gleichaltrigen mit Springerstiefeln zusammengetreten wurde; als das Opfer am Boden lag, stieß der Täter ihm mehrmals in den Rücken. Frank Böttcher starb im Krankenhaus. Das Magdeburger Landgericht verurteilte den 17jährigen Täter, eine Randfigur der rechtsextremen Skinhead-Szene in Magdeburg, im Juni 1997 zu sieben Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags.⁵⁰ Obwohl auch die Autoren des Periodischen Sicherheitsberichts den Tod von Frank Böttcher unter der Rubrik "Punks und Linke als Opfer" als ein Beispiel von "Typen von Opfern rechter und fremdenfeindlicher Gewalt, die bisher in den Statistiken nicht erfasst sind", nennen, verweigert das Innenministerium Sachsen-Anhalt Frank Böttcher bis heute die Anerkennung als Opfer rechter Gewalt.

V. Resümee: Kaum eine Lobby für gesellschaftlich stigmatisierte Opfergruppen

Der Umgang mit den Morden an Horst Pulter, Eckhardt Rütz, Dieter Manzke, Willi W. und Frank Böttcher von Seiten der LKAs beleuchtet mehrere Problemfelder in den besonderen Opferkategorien "Obdachlose" und "Punks". Beide Gruppen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - werden oft auch noch nach ihrem Tod weiter stigmatisiert. Zum einen verfügen Punks und Obdachlose zumeist nicht über eine gesellschaftliche Lobby in Form von lokalen oder regionalen Interessensverbänden etc., die eventuell auch Einfluss und Druck auf zögerliche Ermittlungen in Richtung einer politischen Motivation der Täter ausüben könnten.

Zudem haben Personen aus beiden Opfergruppen oftmals keine soziale Bindungen mehr zu Angehörigen, die im Fall eines gewaltsamen Todes als Nebenkläger auftreten könnten. Angesichts sehr unterschiedlicher Vorgehensweisen und Blickwinkel von Ermittlern auf Fälle, denen ein rechter Hintergrund zugrunde liegen kann, ist die Nebenklägerschaft für Angehörige jedoch eine der wenigen Möglichkeiten, ein Mindestmaß an Transparenz in Bezug auf die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu schaffen und auch noch während einer Gerichtsverhandlung Einfluss darauf auszuüben, ob ein politischer Hintergrund thematisiert oder ausgeblendet wird.

⁵⁰ Frankfurter Rundschau, Der Tagesspiegel, 14.09.2000

Darüber hinaus macht der offizielle Umgang mit dem Tod von Willi W. in Milzau und dem Tod von Dieter Manzke in Dahlewitz deutlich, dass die Definitionen des KPDM-PMK zwar durchaus umfassend sind, aber offensichtlich nur bis zum Abschluss der polizeilichen Ermittlungen auf die Fälle angewandt werden. Bislang ist nicht bekannt, ob und inwieweit die örtlichen Polizeidienststellen und die LKAs eine nachträgliche Neubewertung ihrer Klassifizierung eines Delikts aufgrund von Gerichtsurteilen vornehmen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass dies nicht geschieht. Da es aber die Polizeidienststellen und LKAs sind, die die entscheidende Definitionsmacht darüber haben, welche Delikte als politisch rechts motiviert in den jeweiligen Länder- und dann auch Bundesstatistiken aufgeführt werden, führt das Ignorieren der gerichtlichen Entscheidungen und Feststellungen dazu, dass nach wie vor – wie schon in den letzten zehn Jahren – eine Reihe von Todesfällen offiziell schlichtweg nicht als rechts motivierte Tötungsdelikte gemeldet und registriert werden. Solange es hier keinerlei festgelegte Meldewege für die Ergebnisse von einschlägigen Gerichtsverhandlungen gibt, wird die Statistik einfach zu bereinigen sein und spiegelt keineswegs die Realität wider. Denn geht man von den Kriterien des KPDM-PMK aus, müssten die Tötungsdelikte in Milzau und Dahlewitz nachträglich von den dafür zuständigen Polizeidienststellen der Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg als politisch rechts motivierte Straftaten gemeldet werden.

VI. Exkurs über die Notwendigkeit der Nebenklägerschaft:

Der Tod des Rentners Helmut Sackers am 29. April 2000 in Halberstadt (Sachsen-Anhalt)

Wie notwendig eine Vertretung der Angehörigen von Opfern rechter Gewalt durch Nebenklägeranwälte ist, macht ein weiteres Beispiel aus Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2000 deutlich. Der 60jährige Helmut Sackers wurde am 29. April 2000 von dem 29jährigen Andreas P. im Treppenhaus eines Plattenbaus in Halberstadt erstochen. Der Rentner und engagierte Sozialdemokrat hatte zuvor die Polizei gerufen, weil der spätere Täter laut Neonazimusik, darunter das "Horst Wessel Lied" gespielt hatte. Nach dem Tod von Helmut Sackers fand die Polizei bei Andreas P. mehr als achtzig rechtsextreme CDs, Videos mit Mordaufrufen an "politischen Gegnern" und neunzig aktuelle Neonazi-propagandahefte. Das Landgericht Magdeburg sprach Andreas P. im November 2000 in erster Instanz wegen "Notwehr" vom Vorwurf der Körperverletzung frei. P. hatte behauptet, der 30 Jahre ältere und schwer lungenkranke Rentner hätte ihn angegriffen. Im Prozess, in dem die Angehörigen von Helmut Sackers nicht durch einen Nebenklägeranwalt vertreten waren, kamen die politischen Hintergründe der Tat nicht zur Sprache. Die für das Verfahren zuständige Staatsanwältin erklärte offen, dass für Staatsschutzdelikte eine Spezialabteilung zuständig sei und sie keine Ahnung von rechtsextremer Propaganda habe.⁵¹ Die Angehörigen von Helmut Sackers wandten sich nach dem erstinstanzlichen Freispruch an die Opferperspektive Brandenburg und schalteten einen Nebenklägeranwalt ein, der gegen das Urteil Revision einlegte. Im Juli 2001 hob der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe den Freispruch auf und äußerte erhebliche Zweifel an der Rechtsfindungspraxis der ersten Instanz. Der Fall

⁵¹ „Braune Musik und tödliche Notwehr“, Frankfurter Rundschau, 25.04.2001

wurde zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Halle verwiesen.⁵² Im September 2001 verurteilte das Amtsgericht Halberstadt Andreas P. in einem abgetrennten Verfahren wegen "Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" zu einer Geldstrafe von 3200 D-Mark.⁵³

Kapitel 3: Grenzfälle und die Notwendigkeit, den reformierten Definitionskatalog des KMPD-PMK erneut zu diskutieren und zu erweitern

a) Der Tod von Fred Blanke am 26. März 2001 in Grimmen (Mecklenburg-Vorpommern)

Der alkoholranke Frührentner Fred Blanke wurde am 26. März 2001 in seiner Wohnung von zwei jungen Männern der örtlichen rechten Szene mit Faustschlägen, Stuhlbeinen und Tritten traktiert, weil er sich geweigert hatte, den ihm flüchtig bekannten Angreifern Geld zu geben. Die Anklage ging als Motiv für die Tat davon aus, dass die 17- und 21jährigen auf "Sauftour" waren und sich dafür mehr Geld beschaffen wollten. Fred Blanke sei ein "leichtes Opfer" gewesen. Ein rechter Hintergrund wurde von der Staatsanwaltschaft Stralsund von Anfang an ausgeschlossen, obwohl der 21jährige Angreifer u.a. wegen Körperverletzungsdelikten und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorbestraft war. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft verfügte er aber nicht über ein "entsprechendes ideologisches Fundament." Im November 2001 verurteilte das Landgericht Stralsund die beiden Täter, die vor Fred Blanke einen weiteren Mann überfallen hatten, der sich aber wehren und die Polizei informieren konnte, wegen versuchter Erpressung und Totschlags zu Haftstrafen von sieben bzw. vier Jahren.⁵⁴ In der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS heißt es zu der Frage nach tatsächlicher oder zu vermutender rechtsextremer Motivation in diesem Fall: „Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Tathintergrund sind nach Einschätzung der ermittelnden Behörden bislang nicht erkennbar.“⁵⁵ Vielmehr sei von Seiten des zuständigen Landeskriminalamts der Raub von Barmitteln als das tatalösende Moment festgestellt worden.⁵⁶

b) Der Tod von Mohammed Belhadj am 21./22. April 2001 in Jarmen (Mecklenburg-Vorpommern)

Der algerische Asylsuchende Mohammed Belhadj wurde in der Nacht zum 22. April 2001 an einem Kiessee bei Jarmen (Mecklenburg-Vorpommern) erschlagen. Als Täter wurden vier junge Männer aus Greifswald und Bansin ermittelt, von denen einer in der Untersuchungshaft Selbstmord beging. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft

⁵² Zum Zeitpunkt der Drucklegung des Gutachtens war beim LG Halle noch kein Prozesstermin anberaumt.

⁵³ Dokumentation: Den Opfern einen Namen geben, Frankfurter Rundschau, 05.10.2001

⁵⁴ „neonazistische morde beim namen nennen“, in: „... in der mitte angekommen – rechtsextremismus und gesellschaftliche gegenaktivitäten in mecklenburg-vorpommern, rat/UNRAST, Januar 2002, S. 16f.

⁵⁵ BT-Drucksache 14/6288 vom 06.07. 2001

⁵⁶ BT-Drucksache 14/7003 vom 01.10.2001

Greifswald sagten die vier Männer aus, sie hätten den 31jährigen Asylbewerber auf Drogen angesprochen, weil sie nordafrikanisch aussehende Personen generell für Rauschgifthändler hielten. Belhadj soll daraufhin angeblich Haschisch versprochen haben und freiwillig zu den vier Männern ins Auto gestiegen sein. Unterwegs habe es Streit gegeben, weil der Algerier doch kein Haschisch auftreiben konnte. Belhadj wurde dann im Auto und später am Kiessee von den Männern geschlagen und mit „massiven Schuhwerk“ getreten, außerdem warfen ihm die Täter einen schweren Stein auf den Kopf. Die Staatsanwaltschaft glaubt nicht, dass die Tat rassistisch motiviert war. Einer der Schläger sei allerdings als 14jähriger aufgefallen, weil er ein Hakenkreuz an eine Hauswand gemalt hatte. Augenzeugen für die letzten Stunden von Mohammed Belhadj gibt es nicht. Es fehlen auch, abgesehen von den Aussagen der Beschuldigten, Beweise für die Haschisch-Geschichte. Weder das Opfer noch die Täter werden dem Drogenmilieu zugerechnet. Algerische Zeitungen gingen unmittelbar nach der Tat von einem rechten Hintergrund aus. Im Dezember 2001 begann der Prozess gegen die drei Täter vor dem Landgericht Neubrandenburg. Informationen über ein Urteil lagen zum Zeitpunkt der Drucklegung des Schattenberichts nicht vor. In der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS heißt es zu der Frage nach tatsächlicher oder zu vermutender rechtsextremer Motivation in diesem Fall: „Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Tathintergrund sind nach Einschätzung der ermittelnden Behörden bislang nicht erkennbar.“⁵⁷

c) Der Tod von Axel U. am 24. Mai 2001 in Bad Blankenburg (Thüringen)

Am Himmelfahrtstag 2001 kam es vor dem Freibad der 11.000-Einwohner-Stadt Bad Blankenburg zu einer Auseinandersetzung zwischen Steffen T., einem der Wortführer der lokalen rechten Szene, und dem 27-jährigen Epileptiker Axel U. Zunächst sei Axel U. verbal "angemacht" worden, erklärte die Staatsanwaltschaft Rudolstadt. Dann habe der 24-jährige Steffen T. zugeschlagen und zugetreten. Axel U. starb wenig später an schweren Kopfverletzungen. Steffen T. bedrohte nach dem Vorfall mehrere Augenzeugen, um sie von Aussagen gegenüber der Polizei zum Tatgeschehen abzuhalten. Vier Tage nach dem Tod von Axel U. stellte er sich dann freiwillig den Sicherheitsbehörden. Steffen T. behauptete, er habe Axel U. lediglich geschubst und sei im Übrigen zu betrunken gewesen, um sich an Einzelheiten zu erinnern. Laut Staatsanwaltschaft gab es mehrere Zeugen des tödlichen Angriffs, doch ein Motiv wäre nicht ersichtlich gewesen. Die Staatsanwaltschaft Rudolstadt ging daher von Anfang an nicht von einer rechtsextremistisch motivierten Tat, sondern "von einer normalen Gewalttat" aus. Fest steht, dass Steffen T. wegen Gewalt- und Körperverletzungsdelikten sowie wegen eines rechtsextremen Propagandadelikts vorbestraft ist. Zuletzt wurde er im August 2000 wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe (ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung) verurteilt, weil er an einer Tankstelle eine deutsche Frau, die in Begleitung eines afrikanischen Mannes war, als "Kanakenfotze" beleidigt und dann ins Gesicht geschlagen sowie den hinzueilenden Tankwart mit einer Waffe bedroht hatte. Der "Antifaschistischen Gruppe Saalfeld" ist Steffen T. als einer der Wortführer der rechten Szene in Bad Blankenburg bekannt. Ein Sprecher der Gruppe berichtete von wiederholten Übergriffen auf Skater und linke Jugendliche. Steffen T. habe zudem gute

⁵⁷ BT-Drucksache 14/6288 vom 06.07.2001

Kontakten zum NPD-Kader und V-Mann des Thüringischen Verfassungsschutzes Tino Brandt gehabt. Auch der Polizeipressesprecher der zuständigen Polizeidirektion Saalfeld bezeichnete Steffen T. gegenüber überregionalen Medien als "bekennenden Rechtsradikalen". Bei Steffen T. sei entsprechendes Propagandamaterial, darunter "Fotos von T. im Kreis von Kameraden bei rechten Aktivitäten", gefunden worden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft soll Steffen T. Zeugen der Ereignisse am Himmelfahrtstag telefonisch bedroht haben.⁵⁸ Am 29.11.2001 verurteilte das Landgericht Gera Steffen T. wegen Körperverletzung mit Todesfolge und versuchter Nötigung an Tatzeugen zu einer Haftstrafe von sieben Jahren. Das Gericht ging davon aus, dass Steffen T. seinem Opfer nach einer verbalen Auseinandersetzung mit einem Fußtritt in den Brustbereich die Verletzungen zufügte, die zum Tod von Axel U. führten. Die Epilepsie des Opfers habe keinen Einfluss auf den Tod gehabt. Opfer und Täter seien erheblich alkoholisiert gewesen. Einen rechtsextremen Hintergrund erkannte das Gericht nicht. In der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS heißt es zu der Frage nach tatsächlicher oder zu vermutender rechtsextremer Motivation in diesem Fall: „Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Tathintergrund sind nach Einschätzung der ermittelnden Behörden bislang nicht erkennbar.“⁵⁹

1. Resümee: Rechtsextreme Einstellungen führen zu tödlichen Gewaltexzessen

Anhand der hier beschriebenen sogenannten Zweifelsfälle ergeben sich mehrere Fragestellungen, die durch den KPDM-PMK gar nicht erfasst werden. Deren Versuche, die Motivation der Täter ansatzweise als Kriterium für die Definition eines Deliktes mit einzubeziehen, greifen bei Gewaltdelikten von Rechten und Rechtsextremisten offenbar zu kurz. Denn immer häufiger tritt das Phänomen auf, dass ein rechtes Weltbild und rechte Einstellungen – mitsamt der damit einhergehenden Missachtung von Menschenleben, Verherrlichung von Gewalt sowie des vermeintlichen „Rechts des Stärkeren“ – dazu führen, dass auch scheinbar „unpolitische Straftaten“ wie Raub immer öfter mit dem Tod des Opfers enden, wenn die Täter aus der rechten Szene kommen. In einem Interview mit dem Wochenmagazin „Der Spiegel“ antwortet der Psychiater und Direktor der psychiatrischen Uniklinik Halle, Andreas Marneros, auf die Frage, ob rechte Ideologie keine Rolle spiele, wenn es zu Mord und Totschlag kommt, mit der Einschätzung, dass rechte Ideologie „als ein pures Vehikel der Gewalt essenziell“ sei. Marneros nennt als Beispiel hierfür „die Neonazi-Lieder, in denen Juden vergast und Schwarze durchs Klo gespült werden.“ Seiner Ansicht nach „legitimieren sie Gewalt, sie verlangen geradezu danach.“ Außerdem hat Marneros in einer Studie über 80 rechte Gewalttäter festgestellt, dass alle Täter neben extrem hohen Aggressionswerten ein „erschreckendes Fehlen von Empathie“ für die Opfer an den Tag legten und dass Rechtsextremisten ihre Opfer ganz bewusst provozieren.⁶⁰

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf rechte Straf- und Gewalttäter kommt auch der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke. Er resümiert, gesellschaftliche

⁵⁸ "Tod nach Neonazi-Tritten", die tageszeitung, 30.05.2001

⁵⁹ BT-Drucksache 14/6288 vom 06.07.2001

⁶⁰ „Triumph im Rudel - Der Psychiater Andreas Marneros über die Rolle der Ideologie bei rechtsextremer Gewalt, die Persönlichkeit von mordenden Neonazis und die Schamlosigkeit der Angeklagten,“ Der Spiegel, 10/2002, S.222f.

Erfahrungen des Sozialdarwinismus, Vernachlässigungs- und Restriktionserfahrungen in den Herkunftsfamilien, das Schulklima und die Angebotsstruktur der (rechten) Clique sorgten mit dafür, dass der Jugendliche in der rechten Clique zum Gewalt- und Straftäter wird. Insbesondere für Gewalttäter zeige sich, dass diese häufiger gewalttätiges Handeln als legitimes Mittel begreifen. Noch 1993 habe sich gezeigt, dass ausländerfeindliche Jugendliche häufiger aus Familien kamen, die durch eine eher geringe Entscheidungsfreiheit und stärkere Kontrolle sowie härtere Bestrafung gekennzeichnet waren. Diese Unterschiede seien zwar seit 1993 ebenso zurück gegangen wie die Unterschiede im sozialen Status. Parallel dazu wachse jedoch die allgemeine Wahrnehmung, dass sich nur der Stärkere durchsetze – verbunden mit einem wachsenden Zukunftspessimismus. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen teilte inzwischen eine sozialdarwinistische Wahrnehmung.⁶¹

Derartig verfestigte Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wirken sich bei Angriffen auch im Verhalten gegenüber den Opfern von Gewalttaten aus. In den Fällen von Fred Blanke und Axel U. lautet daher eine der offenen Fragen, inwieweit das rechte Weltbild der Täter dazu beigetragen hat, dass eine „ganz gewöhnliche Straftat“ mit einem Gewaltexzess gegenüber einem offensichtlich schwächeren Opfer endete. Und im Fall von Mohammed Belhadj – einmal vorausgesetzt, dass es bei dem Streit tatsächlich um einen missglückten Drogendeal ging – stellt sich die Frage, ob die Angreifer auch einen deutschen Drogenhändler wegen eines geplatzten Haschischankaufs getötet hätten und inwieweit die offensichtlich nicht-deutsche Herkunft von Mohammed Belhadj bei den Tätern erst den Willen zur „Bestrafung“ und letztendlich zur Ermordung hervorriefen.

⁶¹ „Paranoia und Politik – Rechtsextremismus in der Berliner Republik“, Hajo Funke, Berlin, 2002, Verlag Hans Schiler, S. 77; vgl. auch „Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht“, Birgit Rommelspacher, Berlin, 1995

Kapitel 4: Die Zahlen der von Bund und Ländern gemeldeten rechten Straftaten im Vergleich

I. Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewaltdelikte 2001 Bund/Länder

Land	Delikte lt. Bundesregierung *	Delikte lt. Länderquellen	Vom Bund nicht gemeldete Delikte	Länderquellen
Baden-Württemberg	60	k.A.	-	
Bayern	56	72	16	1
Berlin	3	35	32	2
Brandenburg	63	86	23	3
Bremen	4	4	0	4
Hamburg	34	k.A.	-	
Hessen	24	k.A.	-	
Mecklenburg-Vorpommern	11	40	29	5
Niedersachsen	56	k.A.	-	
Nordrhein-Westfalen	66	125	59	6
Rheinland-Pfalz	30	k.A.	-	
Saarland	5	10	5	7
Sachsen	81	96	15	8
Sachsen-Anhalt	26	55	29	9
Schleswig-Holstein	47	k.A.	-	
Thüringen	11	72	61	10
INSGESAMT	577	595	269	
Mindestzahl der Delikte		846		

Quellen:

- * Auswertung der folgenden Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS:
BT-Drucksache 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732
- 1. Verfassungsschutzbericht Bayern 2001
- 2. Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin 2001, Senator des Inneren
- 3. Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001 Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg vom 5.2.2002
- 4. Jahresbericht über politischen Extremismus 2001 Innensenat Bremen
- 5. Extremismusbericht 2001 Kap. VI - Lagebild Staatsschutz 2001, Statistiken LKA Mecklenburg-Vorpommern
- 6. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2001
- 7. Überblick über die Beobachtungsbereiche des LfV Saarland im Jahr 2001
- 8. Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen 2001
- 9. Polizeiliche Kriminalstatistik Sachsen-Anhalt 2001
- 10. Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Thüringen 2001

Aus zehn Bundesländern, aus denen Vergleichsdaten vorliegen, ergeben sich allein schon mehr Gewaltdelikte (595) als die Bundesregierung für das gesamte Bundesgebiet annimmt (577). Nur beim kleinsten Bundesland (Bremen) stimmen die Angaben von Bund und Land überhaupt überein (4:4). Aufgrund von 269 von der Bundesregierung nicht gemeldeten Delikten aus den anderen neun Ländern muss als Mindestzahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte für das Jahr 2001 im Bundesgebiet von mindestens 846 ausgegangen werden.

II. Datenvergleich rechtsextremistisch und/oder fremdenfeindlich motivierter sonstiger Straftaten 2001 Bund/Länder

Land	Delikte lt. Bundesregierung*	Delikte lt. Länderquellen	Vom Bund nicht gemeldete Delikte	Länderquellen
Baden-Württemberg	947	k.A.	-	
Bayern	1275	1768	493	1
Berlin	80	265	185	2
Brandenburg	865	820	-	3
Bremen	112	179	67	4
Hamburg	246	k.A.	-	
Hessen	633	939	306	5
Mecklenburg-Vorpommern	153	616	463	6
Niedersachsen	649	1515	866	7
Nordrhein-Westfalen	1111	1447	336	8
Rheinland-Pfalz	389	1061	672	9
Saarland	60	109	49	10
Sachsen	1401	1720	319	11
Sachsen-Anhalt	465	757	292	12
Schleswig-Holstein	439	k.A.	-	
Thüringen	248	1241	993	13
INSGESAMT	9073	12437	4943	
Mindestzahl der Delikte		14016		

Quellen:

* Auswertung der folgenden Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS:
BT-Drucksache 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732

- 1 Verfassungsschutzbericht Bayern 2001
- 2 Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin 2001, Senator des Inneren
- 3 DPA vom 6.2.2002
- 4 Jahresbericht über politischen Extremismus 2001 Innensenat Bremen
- 5 Pressemitteilung vom 25.3.2002, www.hmdi.hessen.de/presse/
- 6 Extremismusbericht 2001 Kap. VI - Lagebild Staatsschutz 2001, Statistiken LKA Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Pressemitteilung Innenministerium Niedersachsen 18.3.2002 (www.niedersachsen.de/presseservice/)
- 8 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2001
- 9 EPD vom 7.3.2002
- 10 Überblick über die Beobachtungsbereiche des LfV Saarland im Jahr 2001
- 11 Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen 2001
- 12 Polizeiliche Kriminalstatistik für Sachsen-Anhalt 2001
- 13 Polizeiliche Kriminalstatistik des Freistaates Thüringen 2001

Aus dreizehn Bundesländern, aus denen Vergleichsdaten vorliegen, ergeben sich allein schon mehr Delikte (12.437) als die Bundesregierung für das gesamte Bundesgebiet annimmt (9.073). Aufgrund von 4992 von der Bundesregierung nicht gemeldeten Delikten aus diesen dreizehn Ländern muss von einer Mindestzahl sonstiger rechtsextremistischer Delikte für das Jahr 2001 im Bundesgebiet von mindestens 14.016 ausgegangen werden.

Die in den Tabellen 1 und 2 verglichenen Deliktgruppen beinhalten:

- 1) Gewaltdelikte, darunter:
 - Tötungsdelikte, §§211-221 StGB
 - Körperverletzung, §§ 223-231 StGB
 - Brandstiftung, §§306-306f StGB
 - Sprengstoffexplosion, §308 StGB
 - Bildung terroristischer Vereinigungen, §129a StGB
 - Landfriedensbruch, §§125, 125a StGB

Gef. Eingriff in den Straßenverkehr, §§315-316 StGB
Freiheitsberaubung, §§234 – 239b StGB
Raub, §§249 – 255 StGB
Erpressung, §253 StGB
Widerstandsdelikte, §113-121 StGB
Nötigung/Bedrohung §§240,241

2) Andere Straftaten, darunter:
Volksverhetzung, §130 StGB
Propagandadelikte, §§86, 86a StGB
Sachbeschädigung, §303 – 305a StGB
Verunglimpfungen gem. §§90-90b StGB
Straftaten gegen ausl. Staaten, §§102 – 104 StGB
Straftaten bei Wahlen und Abstimmungen, §107 – 108e StGB
Straftaten gegen die Landesverteidigung, §§109-109h
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, §111 StGB
Störung des öffentlichen Friedens, §126 StGB
Hausfriedensbruch, §§123,124 StGB
Bildung bewaffneter Gruppen, §127 StGB
Amtsanmaßung/Missbrauch von Titeln, §§132,132a StGB
Belohnung/Billigung von Straftaten, §140 StGB
Beleidigung/üble Nachrede/Verleumdung, §§185-189 StGB
Diebstahl, §242 StGB
Urkundenfälschung, §267 StGB
Verstoß gg. Versammlungsgesetz
Verstoß gg. Waffengesetz
Verstoß gg. Vereinsgesetz
Verstoß gg. Kunsturheberrechtsgesetz
Verstoß gg. Pressegesetz

Die als Quelle 1 ausgewiesenen Zahlen der Bundesregierung stützen sich auf eine Auswertung der folgenden Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS:

BT-Drucksache 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732,

III. Ein halbes Jahr lang keine Informationen für Parlament und Öffentlichkeit

Von Januar 2001 bis zum Juli 2001 erhielt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke auf ihre monatlichen „Kleinen Anfragen zu ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland“ von der Bundesregierung keine aussagefähigen Antworten. Anstatt Zahlen zu nennen, wurde von Seiten der Bundesregierung zunächst lediglich darauf verwiesen, dass „die mit der Umstellung der statistischen Erfassung und Bewertung politisch motivierter Straftaten einhergehenden, umfangreichen Vorarbeiten (z. B. Implementierung einer tragfähigen bundeseinheitlichen DV-Lösung und damit verbundener Schulungsaufwand) bislang nicht abgeschlossen“ seien. Da sich kein einheitliches Meldeverhalten der Länder feststellen lasse und die statistische Erfassung und Bewertung vereinzelt nach dem alten Meldesystem, teilweise aber auch bereits nach dem neuen Meldesystem erfolge, seien die Daten aufgrund der unterschiedlichen Definitionsansätze nicht kompatibel.⁶² Nachdem die Bundesregierung aufgrund der o.g. Schwierigkeiten in den Ländern zunächst angekündigt hatte, dass sich bis zum April 2001 das bundeseinheitliche

⁶² BT-Drucksache 14/5732 vom 30.3.2001

Meldeverfahren durchgesetzt haben werde und dann auch Zahlen genannt werden könnten, verzögerte sich deren Veröffentlichung dann bis zum August 2001. Im August 2001 trug die Bundesregierung die vom BKA erfassten Zahlen „politisch motivierter Kriminalität“ für das gesamte erste Halbjahr 2001 vor,⁶³ was dazu führte, dass es unmöglich ist, für die Monate Januar bis Juni 2001 die Entwicklung und Erfassung rechtsextrem motivierter Straftaten nach Monaten und Bundesländern aufgeschlüsselt nachzuvollziehen. Einschränkend merkte die Bundesregierung bei der Veröffentlichung der Halbjahresbilanz 2001 auch an, es sei davon auszugehen, dass sich die dargestellten Fallzahlen aufgrund von Nachmeldungen noch verändern würden.⁶⁴ Ähnliche Erfahrungen wie die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke machten auch Landtagsabgeordnete, die in den Monaten Januar bis Juli 2001 versuchten, mit Hilfe von Kleinen Anfragen von den jeweiligen Landesregierungen monatliche Fallzahlen zur Entwicklung rechtsextrem motivierter Straftaten zu erfragen.

IV. Resümee: Eine unabhängige Institution zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist notwendig

Seit einigen Jahren wird von antirassistischen Initiativen und Einrichtungen sowie von Wissenschaftlern und Kriminologen im Rahmen der Aufklärungsarbeit über aktuelle Rechtsentwicklungen in der Gesellschaft, über rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt und deren Hintergründe und Ursachen die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gefordert – analog zur „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)“, die im Januar 1998 ihre Arbeit in Wien aufgenommen hat. Am 11. Dezember 2000 hatte auch der Beirat des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ beschlossen, dass „eine zivilgesellschaftliche Einrichtung (unabhängige Dokumentationsstelle) geschaffen wird, welche die Beobachtung, Sammlung und Dokumentation im Bereich der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus aktiv betreibt.“⁶⁵ Im März 2001 schloss sich der Deutsche Bundestag dieser Forderung an, als er den Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ mehrheitlich annahm. In dem Antrag wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, „zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie analog zur Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur frühzeitigen Erkennung von Problemlagen und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit die Einrichtung einer entsprechenden Beobachtungsstelle in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werden könnte. Deren mögliche Aufgaben wären unter anderem die Dokumentation und Analyse rechtsextremer Tendenzen, die Information der Öffentlichkeit, die Durchführung einer Dunkelfeldanalyse, um das tatsächliche Ausmaß rechtsextremer Gewalt zu erfassen, eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Beobachtungsstelle und die regelmäßige Berichterstattung im Deutschen Bundestag über ihre Arbeit, Ergebnisse und Erfahrungen sowie Erkenntnisse in Hinblick auf Ursachen und Gegenstrategien“.⁶⁶

⁶³ BT-Drucksache 14/6831 vom 28.8.2001

⁶⁴ BT-Drucksache 14/6831 vom 28.8.2001

⁶⁵ „Offenbarungseid der Polizeistatistiker“, Mark Holzberger in: Bürgerrechte und Polizei/CILIP 68/1/2001, S.33

⁶⁶ BT-Drucksache 14/5456

Bislang hat sich in dieser Frage nichts getan. Im Oktober 2001 vertröstete die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke die Fragestellerin: „Die Prüfung hinsichtlich der Einrichtung einer Beobachtungsstelle analog zur ‚Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit‘ ist noch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung beabsichtigt, bis April 2002 im Rahmen eines umfassenden Berichts zum Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. März 2001 ‚Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt‘ auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen.“ Ferner teilte die Bundesregierung mit, dass der Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz am 2. Juli 2001 eine Arbeitsgruppe eingesetzt habe, die den Auftrag hat, Anforderungen an eine Dokumentationsstelle zu beschreiben. Die Arbeitsgruppe habe ihre Arbeit am 10. September 2001 aufgenommen. Deren Ergebnisse würden zum Jahresende 2001 erwartet.⁶⁷

Die Forderung nach einer unabhängigen Beobachtungsstelle wird auch durch die Erkenntnisse der Opferberatungsinitiativen und –einrichtungen unterstützt. Immer wieder kritisiert beispielsweise die Opferperspektive Brandenburg, dass es bislang keine wissenschaftlich nachvollziehbar erhobenen Daten über das Dunkelfeld nicht offiziell gemeldeter, aber auch nicht angezeigter rechter Gewalttaten gibt. Die Opferberatungsinitiative LOBBI e.V. in Mecklenburg-Vorpommern geht davon aus, dass in einigen Regionen des Bundeslandes lediglich zehn Prozent aller rechten Gewalttaten überhaupt zur Anzeige kommen, da die Opfer aufgrund ihres Aufenthaltstatus, Erfahrungen von rassistischer Diskriminierung durch Behörden, Angst vor weiteren Schikanen durch die Täter oder Stigmatisierung als „Zecken“ sich nicht mehr bei der Polizei melden.

Die Auswertung der in diesem Bericht vorgelegten Zahlen legt aber auch weitere Konsequenzen nahe: Bislang werden lediglich in den fünf neuen Ländern und Berlin Beratungsstellen für Opfer rechter und fremdenfeindlicher Gewalt durch das Bundesprogramm CIVITAS gefördert. Bis auf die Opferperspektive Brandenburg, die seit dem Sommer 1998 in diesem Bereich arbeitet, haben alle durch CIVITAS geförderten Opferberatungsinitiativen ihre Arbeit erst im zweiten Halbjahr 2001 aufnehmen können, so dass die im Anhang aufgeführten Fallbeispiele und Dokumentationen aus der Arbeit der Opferberatungsinitiativen nur einen – wenn auch erschreckenden – Ausschnitt aus der Realität wiedergeben können. Angesichts der zunehmenden Zahl von Gewaltdelikten in alten Bundesländern wie beispielsweise Bayern (hier hat sich die Zahl der rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte von 60 im Jahr 2000 auf 72 im Jahr 2001 erhöht)⁶⁸ und Hessen (hier hat sich die Zahl der rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten von 12 im Jahr 2000 auf 21 im Jahr 2001 erhöht)⁶⁹ erscheint der Aufbau entsprechender Opferberatungsstellen auch in den alten Bundesländern sowie deren Finanzierung durch Bundesmittel dringend erforderlich.

⁶⁷ BT Drucksache 14/7059 vom 9.10.2001

⁶⁸ Pressemitteilung 135/02, Bayerisches Staatsministerium des Inneren

⁶⁹ Verfassungsschutzbericht Hessen 2000, Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS:

BT-Drucksache 14/8161, 14/7949, 14/7566, 14/7222, 14/6996, 14/6831, 14/6737, 14/6543, 14/6231, 14/5902, 14/5740, 14/5732

Anhang: Berichte aus der Praxis der Opferhilfen und eine unvollständige Chronologie rechter Gewalt

Durch das Bundesprogramm CIVITAS werden seit der zweiten Jahreshälfte 2001 acht Opferberatungsstellen für Opfer rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Gewalt in den neuen Bundesländern und in Berlin gefördert. Dabei handelt es sich um ReachOut beim Verein Ariba e.V. in Berlin, Opferperspektive e.V. in Brandenburg, LOBBI – Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt beim Verein Miteinander e.V., Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Dessau, AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt beim Netzwerk Demokratische Kultur e.V. in Sachsen, Opferberatung der RAA Leipzig sowie ABAD – Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen Angriffen und Diskriminierungen beim Flüchtlingsrat Thüringen e.V. in Thüringen. Vor der zweiten Jahreshälfte 2001 war es lediglich dem Verein Opferperspektive e.V. gelungen, seit dem Sommer 1998 durch Spendengelder und sonstige Zuwendungen mit hauptamtlichen Mitarbeitern ein Unterstützungsangebot für Betroffene rechtsextremer Gewalt in Brandenburg anzubieten. In den vier anderen neuen Bundesländern und in Berlin konnte dieses Angebot erst nach der Bereitstellung von 5 Millionen D-Mark durch das Bundesprogramm CIVITAS für die Opferberatungsstellen aufgebaut werden.

Bei der Auswertung der nachfolgend von den jeweiligen Opferberatungsstellen sowie teilweise aus öffentlich zugänglichen Quellen zusammengestellten rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten – wobei die Auswahl der hier dokumentierten Gewalttaten sich ausdrücklich auf Körperverletzungsdelikte sowie Brand- und Sprengstoffanschläge beschränkt – sind folgende Voraussetzungen zu beachten.

Bis auf die Opferperspektive Brandenburg, die in den knapp dreieinhalb Jahren ihres Bestehens ein Netzwerk regionaler Kooperationspartner aufbauen konnte, haben alle anderen Beratungsstellen ihre Arbeit erst ab August bzw. September 2001 aufnehmen können. Neben der Beratung der Betroffenen gehört es zum Arbeitsansatz aller Beratungsstellen, durch den Aufbau von Kooperationen, Netzwerken und die verstärkte Zusammenarbeit mit Initiativen ein dichtes Netz zu knüpfen, so dass Opfern auch in entlegenen ländlichen Regionen die Informationen über die Existenz der Beratungsstellen zugänglich gemacht werden können bzw. dass die Beratungsstellen auch dann von Angriffen erfahren, wenn diese nicht offiziell gemeldet werden. Diese Netzwerke sind allerdings erst im Entstehen, so dass die Beratungsstellen davon ausgehen, dass es eine hohe Dunkelziffer an Fällen gibt, die a) von den Beratungsstellen seit Beginn ihrer Arbeit nicht erfasst wurden und/oder die b) von Seiten der jeweils zuständigen Polizei nicht als „rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich“ gemeldet wurden.

Am besten nachvollziehen lässt sich dies am Beispiel Sachsen, da hier die Quellen aufgrund der monatlichen Kleinen Anfragen des Abgeordneten Uwe Ademczyk und der PDS-Fraktion zu „Rechtsorientierten und/oder fremdenfeindlichen Aktivitäten in Sachsen“ sowie der Antworten des Sächsischen Staatsministeriums für Justiz sowohl Daten als auch Orte der von Seiten der Sicherheitsbehörden registrierten Gewaltdelikte benennen. Vergleicht man die von Seiten des Justizministeriums registrierten 75 Körperverletzungsdelikte⁷⁰ – wie hier geschehen – mit den Körperverletzungsdelikten, die AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt beim Netzwerk Demokratische Kultur e.V. in Sachsen registriert hat, stellt man fest, dass die meisten der bei AMAL und anderen Initiativen gemeldeten und registrierten Gewalttaten offensichtlich von Seiten der Sicherheitsbehörden entweder nicht registriert oder jedenfalls nicht entsprechend der Kategorien des KPDM-PMK zugeordnet wurden. Im übrigen haben die seit August 2001 an drei Orten in Sachsen - in Wurzen, Görlitz und Dresden – arbeitenden Teams von AMAL, die in den zwei ersteren Orten mit jeweils drei Personen halbtags arbeiten sowie in Dresden mit vier Personen und die Arbeit entsprechend den Regionen Ostsachsen, Nordsachsen sowie Westsachsen/Dresden aufgeteilt haben - vor allem in der Region Erzgebirge und dem Vogtland ein signifikant steigendes Auftreten rechtsextremer Gewalt festgestellt. Opfer rechter Gewalt im Leipzig werden – was angesichts der vorliegenden Zahlen auch dringend geboten scheint – durch eine in Leipzig angesiedelte Opferberatungsstelle der RAA Leipzig unterstützt.

In Brandenburg lassen die Quellen nur einen ungefähren Abgleich der von Seiten des Ministeriums des Inneren offiziell registrierten Daten von rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikten und den von der Opferperspektive und ihren Kooperationspartnern registrierten Körperverletzungsdelikte zu. Insgesamt registrierte das Land Brandenburg im Jahr 2001 86 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten⁷¹, wobei es sich laut Presseberichten in 77 Fällen um Angriffe gegen Personen gehandelt haben soll.⁷²

⁷⁰ In der Polizeilichen Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen 2001 wird die Zahl der Gewalttaten mit insgesamt 96 angegeben.

⁷¹ Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001, vom 5. Februar 2001, Anlage 1a,

Demgegenüber hat die Opferperspektive im gleichen Zeitraum 70 vollendete Körperverletzungsdelikte und zwei Brandanschläge registriert. Die sechs MitarbeiterInnen der Opferperspektive gehen aufgrund der Erfahrungen mit der Meldepraxis einzelner Polizeidienststellen davon aus, dass sich die jeweils registrierten und gemeldeten Gewalttaten keineswegs in allen Fällen überschneiden. Es sei allerdings schwierig, wissenschaftlich genau zu belegen, wie hoch die Dunkelziffer der nicht entsprechend der Kriterien des KPMD-PMK gemeldeten Gewaltdelikte sei, da von der Landesregierung keine Quellen mit Datums- und Ortsangaben zu den offiziell gemeldeten und entsprechend kategorisierten Gewaltdelikten vorliegen.

Eine ähnliche Einschätzung treffen auch die Mitarbeiter von ReachOut in Berlin. Während das Land Berlin offiziell 35 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewaltdelikte registriert hat⁷³, haben ReachOut und andere unabhängige Quellen für den gleichen Zeitraum 13 Fallbeispiele dokumentiert (s.u.). In allen Fällen, die von ReachOut dokumentiert wurden, haben die Opfer Anzeige bei der Polizei gestellt.

Die vier MitarbeiterInnen von ReachOut resümieren nach Aufnahme der Arbeit im September 2001, dass es sich bei den Tätern nicht „nur um diejenigen handelt, die eindeutig der rechten Szene zuzuordnen sind. Gerade auf der Ebene verbaler Bedrohungen und Belastungen im Wohnumfeld wird deutlich, dass rechte, rassistische Überzeugungen auch in anderen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen verwurzelt sind. Zwar ist die Gefahr angegriffen zu werden in einigen Ostberliner Bezirken nach wie vor größer als in den meisten Westberliner Bezirken. Aber aus unserer Beratungspraxis wissen wir, dass Übergriffe in allen Bezirken, eben auch in Kreuzberg und Schöneberg stattfinden.

Viele Opfer, unabhängig davon wo sie angegriffen werden, berichten, dass sie eine mehrfache Demütigung erleben: Sie werden körperlich verletzt, bedroht und verhöhnt. Was aber oft noch schwerer wiegt: Diejenigen, die Zeugen eines Angriffs werden, schauen in den meisten Fällen weg und unterstützen die Betroffenen nicht. Erstellen die Opfer dann Anzeige, wird ihre Glaubwürdigkeit von Seiten der Polizei häufig in Frage gestellt. Der Angriff wird bagatellisiert, die Ermittlungen gegen die Täter nicht mit der notwendigen Sorgfalt durchgeführt oder gar verschleppt. In wie fern sich die Situation der Betroffenen in Berlin unter einer rot-roten Regierung entscheidend verbessern wird, bleibt abzuwarten. ReachOut fordert, dass zumindest das in den Berliner Koalitionsvereinbarung festgelegte Bleiberecht für Opfer rechtsextremer rassistischer Gewalt konsequent und unbürokratisch umgesetzt wird.“

Eine wesentlich pessimistischer Einschätzung legen die Zahlen aus Mecklenburg-Vorpommern nahe. Während die Landesregierung offiziell nur 40 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten im Jahr 2001 registriert haben will,⁷⁴ registrierten LOBBI e.V. und andere unabhängige Quellen für den gleichen Zeitraum 28 Beispiele für rechte Gewalttaten, wobei LOBBI e.V. und die sechs MitarbeiterInnen in den drei Regionalbüros in Neubrandenburg, Rostock und Wismar erst im September 2001 ihre Arbeit aufgenommen haben. Für den Raum Westmecklenburg, d.h. die Landkreise Parchim, Ludwigslust, Nordwestmecklenburg sowie die Städte Wismar und Schwerin beispielsweise geht LOBBI e.V. davon aus, dass lediglich zehn Prozent aller Angriffe zur Anzeige gekommen seien. Man wisse von einer Reihe von Angriffen auf Homosexuelle, auf ausländische Studierende und auf Asylsuchende, in denen die Betroffenen aus Angst vor der Polizei und deren sexistischen und rassistischen Praktiken bzw. deren Untätigkeit keine Anzeige machen wollten. Da LOBBI mit seinen Angeboten bislang weitgehend unbekannt war - die Presseinformationen werden von den hauptsächlichen Opfergruppen kaum wahrgenommen, der Mund-zu-Mund-Propaganda-Effekt beginnt erst jetzt langsam zu greifen- und die eigene Recherche nach den Opfern nur in Ausnahmefällen von der Polizei unterstützt wurde, müsse davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer der auch bei LOBBI e.V. nicht gemeldeten Fälle extrem hoch sei. Ähnlich lautet auch die Einschätzung von der Mobilen Opferberatung Sachsen-Anhalt des Vereins Miteinander e.V., wo vier MitarbeiterInnen in drei Regionalbüros seit September 2001 die Arbeit aufgenommen haben. Offiziell registrierte das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 55 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewaltdelikte⁷⁵, während die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt und die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Dessau sowie weitere unabhängige Quellen 25 Körperverletzungsdelikte und einen Brandanschlag dokumentieren. Man gehe davon aus, bislang lediglich die Spitze des Eisberg dokumentieren und beraten zu können.

Ministerium des Inneren, Potsdam

⁷² DPA vom 6. Februar 2001

⁷³ Bericht über die Kriminalitätsentwicklung in Berlin, Senator des Inneren

⁷⁴ Extremismusbericht 2001 – Kapitel VI, Lagebild Staatsschutz 2001, Statistiken LKA Mecklenburg-Vorpommern

⁷⁵ Polizeiliche Kriminalstatistik Sachsen-Anhalt 2001

Auch bei der Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD), die im September 2001 Büros in Gera und Erfurt eröffnete, wird eine gemischte Bilanz gezogen. Von den beiden Büros aus wird eine weitgehend flächendeckende Beratung und Begleitung von Betroffenen angeboten. Darüber hinaus arbeitet ABAD am Aufbau eines thüringerweiten Netzwerkes ehrenamtlicher Unterstützungsangebote für Betroffene. Bei ABAD sind derzeit fünf MitarbeiterInnen - zwei in Gera und drei in Erfurt - hauptamtlich beschäftigt.

Während die Landesregierung für das Jahr 2001 71 rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten offiziell registrierte⁷⁶, haben ABAD und andere unabhängige Quellen für den gleichen Zeitraum 25 Beispielfälle dokumentiert.

Kritisch merkt ABAD an: "Die Erfahrungen mit der Polizei und anderen staatlichen Institutionen in Sachen Opferberatung bzw. beim Umgang mit rechtsextremen Angriffen allgemein sind nicht zu verallgemeinern. Teilweise trifft ABAD in der Arbeit auf aufgeschlossene MitarbeiterInnen der Polizei mit einem großen Interesse an einer angemessenen Unterstützung für die Opfer rechtsextremer Gewalt. Andererseits erfährt ABAD regelmäßig von Diskriminierungen gerade ausländischer Betroffener bei Behörden und bei der Polizei. Die Thüringer Landesregierung und insbesondere das

Thüringer Innenministerium versuchen in der öffentlichen Darstellung das Problem Rechtsextremismus kleinzureden. Mit Verweis auf die polizeiliche Kriminalstatistik – im Jahr 2001 gab es einen Rückgang der registrierten Straftaten mit rechtsextremen bzw. ausländerfeindlichem Hintergrund - erfolgt die Behauptung, dass die bisherige Landespolitik in Sachen Rechtsextremismus erfolgreich sei. Ein Landesprogramm gegen Rassismus lehnt die Landesregierung aber ebenso ab wie die Unterstützung konkreter antirassistischer Initiativen beispielsweise in der Stadt Jena."

BERLIN:

Eine unvollständige Chronik von 13 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten

29. Januar 2001

Zwei 34- und 38jährige mosambikanische Migrantinnen, die gegen 2:25 Uhr das Bowlingcenter an der Hansastrasse in Hohenschönhausen verlassen, werden von vier polizeibekanntem Rechtsextremisten aus Hohenschönhausen zunächst mit rassistischen Sprüchen beleidigt. Einer der Deutschen schlägt und tritt auf den 38jährigen Mosambikaner ein, bis er bewusstlos ist. Sein Begleiter wird von den Angreifern festgehalten. Neun Gymnasiasten aus Hohenschönhausen, die zufällig Zeugen des Angriffs werden, greifen dann auf Seiten der Opfer ein. Ein 19-jähriger wird daraufhin von den Rechtsextremisten mit einem Faustschlag angegriffen und mit dem Tod bedroht. Die Polizei kann wenig später drei Neonazis, zwei 19-Jährige und ein 22-Jähriger, festnehmen.
Quelle: Berliner Morgenpost, 31.01.01, "Schüler stoppten Nazi-Schläger"

7. März 2001

Ein mexikanischer Journalist, der sich auf Einladung des Bundespresseamts in Berlin aufhält, wird am Alexanderplatz von drei Skinheads angegriffen. Die Täter bedrohen und verfolgen ihn, dabei stürzt der Mann und zieht sich eine Platzwunde zu.
Quelle: Tagesspiegel, 09.03.01

23. Mai 2001

Nazi-Hooligans der "Gruppe 9" fordern bei der Anne-Frank-Party im Jugendclub "Come In" unter Androhung von Gewalt das Abspielen der Vereinshymne von FC Union. Die Sicherheitskräfte der Party sehen keinen Anlass dies zu verhindern. Später provozierten die Rechtsextremisten eine Massenschlägerei mit anderen Jugendlichen.
Quelle: Treptower Antifa Gruppe

26. Juni 2001

Eine junge deutsche Frau türkischer Herkunft wird am S-Bahnhof Schöneweide von drei Rechtsextremisten - zwei Männer und eine Frau - zunächst sexistisch angesprochen und angefasst, danach rassistisch beschimpft, geschlagen

⁷⁶ Polizeiliche Kriminalstatistik Thüringen 2001

und getreten. Ihr wird mehrmals gedroht, sie vor die S-Bahn zu werfen. Andere Fahrgäste und der S-Bahn Sicherheitsdienst griffen nicht ein. Die Täter werden nur deshalb gestellt, weil ein Pendler die Notbremse zieht.
Quelle: ReachOut, Treptower Antifa Gruppe

3. Juli 2001

Zwei homosexuelle Männer werden am Nordufer des Müggelsees überfallen und verletzt. Ein etwa 20-Jähriger greift aus einer Gruppe Jugendlicher heraus einen 25 Jahre alten Schwulen an und verletzt ihn mit einem Fußtritt. Das Opfer erlitt einen fünffachen Kieferbruch und musste stationär behandelt werden.

Der Verletzte und sein Begleiter hatten den Täter als Skinhead beschrieben. «Es bestehen deshalb aber keine Anhaltspunkte, die jungen Menschen einem rechtsextremistischen Milieu zuzuordnen», behauptete Innensenator Erhard Körting auf entsprechende Anfragen.

Quelle: Treptower Antifa Gruppe, Schwules Überfall Telefon Berlin, Berliner Morgenpost, 17.08.2001, "Überfall auf Schwule: Akten an Staatsanwaltschaft übergeben"

6. Juli 2001

In der Nähe der Schulparty des Anne Frank Gymnasiums in Treptow wird eine 14- Jährige von Rechtsextremisten geschlagen. Die Polizei ist nach Angaben von Freunden des Opfers nicht bereit zu ermitteln.

Quelle: Treptower Antifa Gruppe

3. August 2001

Rund 15 Rechtsextremisten aus Treptow schlagen eine dunkelhäutige Frau und deren Freunde am S-Bahnhof Warschauer Straße zusammen. Der Großteil der Angreifer kann festgenommen werden.

Quelle: Treptower Antifa Gruppe, taz Berlin, 06.08.01, "Attacke am S-Bahnhof"

8. August 2001

Ein stark alkoholisierter 49jähriger Deutscher aus Alt-Treptow pöbelt in einem Neuköllner Lokal einen 35jährigen Türken zunächst mit ausländerfeindlichen Parolen an, danach verletzt der betrunkene Mann sein Opfer mit einem Schuss in die Schulter und begeht anschließend Selbstmord.

Quelle: Treptower Antifa Gruppe, Berliner Morgenpost, 10.08.01, "Nach Schuss auf Lokalgast: Täter tötete sich selbst"

21. September 2001

Ca. 40 - 50 rechte Jugendliche, darunter rechtsextreme Skinheads aus Treptow überfallen mit Eisenstangen bewaffnet eine Konfirmandenparty von Jugendlichen - darunter viele MigrantInnen - in der Kirchengemeinde im Köpenicker Weg in Neukölln.

Der Überfall dauerte ca. 2-3-Minuten, die Angreifer kamen über den Vorraum zum Partyraum nicht hinaus.

Scheiben und Tische wurden zertrümmert. Die Polizei war relativ schnell vor Ort. Zwei Mädchen, die „nur zufällig im Weg standen“, d.h. nicht gezielt angegriffen wurden, wurden dabei verletzt.

Quelle: ReachOut, Tagesspiegel, 22.09.01, „Rechte greifen Konfirmanden an“

04. Oktober 2001

In Adlershof wird ein alternativer Jugendlicher von zwei Rechtsextremisten angegriffen und mit einer Schusswaffe bedroht.

Quelle: Treptower Antifa Gruppe

27./28. Oktober 2001

Ein Deutscher wird in einer Kneipe im Bezirk Pankow von zwei Männern, die eindeutig zur rechten Szene zu zählen sind, mit Schlagstock und Fäusten geschlagen. Während die Angreifer auf ihr Opfer einschlagen, geben sie rechte Parolen von sich. Die anderen Gäste im Lokal greifen nicht ein.

Quelle: Reach Out

28. Oktober 2001

In Treptow wird ein alternativ aussehender Jugendlicher von einem eindeutig der rechtsextremen Szene zuzuordnenden Mann angegriffen und geschlagen. Das Opfer rief die Polizei und konnte den Täter in der Kneipe "Kleeblatt", in die der nach dem Angriff gegangen war, identifizieren.

Quelle: Reach Out, Treptower Antifa Gruppe

31. Dezember 2001

In Grünau wird eine Silvesterparty von Rechtsextremisten angegriffen. Zwei der anwesenden Jugendlichen werden verletzt. Als die Polizei eintrifft, sind die Täter bereits verschwunden.

Quelle: Treptower Antifa Gruppe

zu den Quellen:

Die Treptower Antifa Gruppe T.A.G. dokumentiert auf der Webseite <http://www.treptowerantifas.de> in einer eigene Chronik rechter Übergriffe.

Reach Out - Beratung und Unterstützung für die Opfer rechtsextremer Angriffe in Berlin, Kontakt: Köpenicker Straße 9, 10999 Berlin, Tel.: 030/ 69 56 83 39

e-Mail: info@reachoutberlin.de

<http://www.reachoutberlin.de>

BRANDENBURG

Eine unvollständige Chronik von 72 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.

1. Januar 2001

Gegen 00:45 Uhr verfolgen acht Neonazis drei HipHop-Jugendliche am Alten Markt in Potsdam. Zwei Hip-Hopper können flüchten, der dritte wird unter lautem Grölen zusammengeschlagen.

Quelle: Antifaschistische Aktion Potsdam

1. Januar 2001

Zwei Aussiedler werden in Boitzenburg (Uckermark) von einer Gruppe von bis zu 15 Jugendlichen attackiert. Zunächst wird ein 17-Jähriger als "Russenschwein" beschimpft und zu Boden geschlagen, als er die Tür der elterlichen Wohnung öffnete. Mehrere Angreifer treten dann dem jungen Aussiedler ins Gesicht. Als der Vater des Opfers eingreift, wird er ebenfalls geschlagen.

Quelle: Tagesspiegel, 02.01.2001

3. Januar 2001

Vier Menschen werden in Cottbus von vier Rechtsextremen im Alter von 17 bis 24 Jahren verletzt. Unter den Opfern sind zwei 16-Jährige - ein libanesischer Asylbewerber und ein 44 Jahre alter Mann. Alle vier müssen ambulant behandelt werden. Vor der Schlägerei hatten die Rechtsextremen an einer Straßenbahnhaltestelle "Sieg Heil" und "Ausländer raus" gerufen.

Quelle: ORB-Videotext, 04.01.01

6. Januar 2001

In Potsdam wird eine dunkelhäutige Schülerin verprügelt. Die 14-Jährige war in Begleitung einer Gruppe von Jugendlichen aus Kenia und der Türkei, als sie von zwei Rechtsextremen mit rassistischen Äußerungen beleidigt, verfolgt und dann mit der Faust ins Gesicht geschlagen wurde.

Quelle: Berliner Kurier, ORB-Videotext, 08.01.01

10. Januar 2001

Bei einer Auseinandersetzung mit Neonazis in Bad Wilsnack wird ein 26-Jähriger leicht verletzt. Er wollte zusammen mit Freunden die Rechten stoppen, als diese den Hitlergruß zeigten.

Quelle: afp, 02.02.01

11. Januar 2001

Zwei Vietnamesen werden in Nauen von drei 15, 16 und 17 Jahre alten Jugendlichen überfallen.

Quelle: ddp, 12.01.01

12. Januar 2001

Als die Polizei in einem Einkaufszentrum in Frankfurt/Oder drei Rechtsextreme festnehmen will, die rechte Parolen gebrüllt hatten, hetzt ein 27-jähriger Rechtsextremer seinen Dobermann auf einen der Polizisten, der dabei Bissverletzungen am Oberschenkel erleidet.

Quelle: die tageszeitung, 13.01.01

13. Januar 2001

Am Potsdamer Hauptbahnhof reißt ein Rechter einem linken Jugendlichen einen "Gegen Nazis"-Aufnäher vom Rucksack und tritt ihn.

Quelle: Antifaschistische Aktion Potsdam

14. Januar 2001

Vier Jugendliche werden in einer Straßenbahn am Potsdamer Hauptbahnhof von vier Neonazis angepöbelt und geschlagen.

Quelle: Antifaschistische Aktion Potsdam

15. Januar 2001

Ein 16-Jähriger wird in Potsdam aus einer Gruppe von Rechten heraus wegen seiner bunten Haare angepöbelt und von einem 20-jährigen Rechtsextremen zusammengeschlagen. Der Jugendliche erleidet Gesichtsverletzungen und muss medizinisch behandelt werden.

Quelle: ORB-Videotext, 16.01.01

16. Januar 2001

Der 22-jährige Thilo R. wird in Bernau von fünf rechtsextremen Männern vier Stunden lang gequält und dann mit Benzin überschüttet und angezündet. Thilo R. überlebt schwer verletzt.

Quelle: Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Bernau, 26.01.2001

20. Januar 2001

Zwei 14-jährige Hip-Hopper hören in Potsdam aus einer Wohnung im Kirchsteigfeld "Sieg Heil"-Rufe. Kurz darauf werden sie von zwei Männern aus dieser Wohnung beschimpft, verfolgt und mit Fäusten geschlagen.

Quelle: Antifaschistische Aktion Potsdam, Märkische Allgemeine Zeitung, Potsdamer Neueste Nachrichten, die tageszeitung, 22.01.01

27. Januar 2001

Ein 17-jähriger linksorientierter Jugendlicher wird in Eisenhüttenstadt von zwei rechtsextremen Jugendlichen gegen Hüfte und Arm getreten. Das Opfer wird mehrere Tage lang mit einem zersplitterten Ellenbogen im Krankenhaus behandelt.

Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Frankfurt/Oder

16. Februar 2001

Ein 30-jähriger Türke wird in Eisenhüttenstadt im Einkaufszentrum "Marktkauf" von zwei 15- und 16-jährigen Jugendlichen rassistisch angepöbelt und mit Springerstiefeln getreten. Einer der beiden Schläger rennt in die Sportabteilung und greift sich eine Baseballkeule. Bevor der Jugendliche auf den Türken eindreschen kann, greifen Marktkauf-Angestellte ein. Der Türke erleidet bei dem Angriff Prellungen am linken Bein.

Quelle: Tagesspiegel, 19.02.01

20. Februar 2001

Ein 21-jähriger Asylbewerber aus Togo wird in Perleberg von vier Männern geschlagen und beschimpft. Die Täter rauben zudem die Geldbörse des Opfers.

Quelle: ORB-Videotext, 22.02.01

24. Februar 2001

Ein linksorientierter Punk wird in Cottbus auf dem Weg zu einem Konzert im Klub "Südstadt" auf dem Brandenburger Platz angegriffen. Aus einer Gruppe von acht einheitlich gekleideten Jugendlichen heraus werden der Punk und sein Freund verfolgt. Dann tritt einer der Jugendlichen ihn in den Rücken, so dass er stürzt. Als er am Boden liegt, wird er ins Gesicht getreten, so dass seine Brille wegfliht und er Prellungen an Stirn, Augenbraue und Jochbein erleidet.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 01.03.01

3. März 2001

Ein linker Jugendlicher wird in Rüdnitz nach einen Streit mit einem Neonazi mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Das Opfer muss zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus, wo die Platzwunde genäht wird.
Quelle: Eberswalder Info-System, 04.03.01

10. März 2001

Zwei kenianische und ein kubanischer Asylbewerber werden in Frankfurt/Oder beim Verlassen einer Diskothek von einer 20-köpfigen Gruppe Deutscher angegriffen und verletzt. Die hinzu kommende Polizei nimmt die Asylbewerber fest, die die Nacht in einer Zelle verbringen müssen.
Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Frankfurt/Oder

10. März 2001

Zwei palästinensische Asylbewerber werden in Rathenow von drei deutschen Jugendlichen rassistisch angepöbelt. Zwischen einem der Palästinenser und einem vierten, dazu gekommenen Rechten entsteht eine Rangelei. Die Polizei leitet gegen einen der Palästinenser, der erst nach Eintreffen der Polizei zum Tatort gekommen war, ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung ein. Einer der rechtsextremen Angreifer hatte ihn beschuldigt, getreten und ihn mit einer abgebrochenen Flasche bedroht zu haben.
Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

15. März 2001

Eine türkische Familie wird in Hennigsdorf von rechten Jugendlichen attackiert. Dabei wird unter anderem der zehnjährige Sohn von einer fünfköpfigen Gruppe mit Steinen beworfen und die Familie rassistisch beleidigt.
Quelle: ORB-Videotext, 15.03.2001

16. März 2001

Ein Förderschüler wird in Strausberg von rechten Schlägern misshandelt, außerdem wird ein Kampfhund auf ihn gehetzt.
Quelle: ORB-Videotext, 16.03.2001

14. April 2001

In Wittstock wird eine us-amerikanische Reisegruppe in einem Schnellrestaurant von mehreren Tätern aus der rechten Szene bedroht und zusammengeschlagen. Durch einen Faustschlag ins Gesicht erleidet ein US-Amerikaner einen Nasenbeinbruch.
Quelle: Tagesspiegel, 17.04.01

26. April 2001

Ein 28-jähriger Nigerianer wird in Potsdam im Bahnhofscenter von vier 17- bis 24-jährigen Deutschen überfallen. Das Opfer wird umstellt, die Täter versuchen, seinen Rucksack zu entreißen. Dann wird er geschlagen und beschimpft.
Quelle: Berliner Zeitung, 28.04.01

1. Mai 2001

In der Nähe eines antifaschistischen Fußballturniers in Rathenow wird ein 30-jähriger palästinensischer Asylbewerber von drei neonazistischen Skinheads rassistisch beschimpft, geschlagen und getreten. Das Opfer muss sich in stationäre medizinische Behandlung begeben.
Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

17. Mai 2001

Drei junge Männer und ein Mädchen werden in Potsdam von drei Angehörigen der rechten Szene an einer Bushaltestelle beschimpft und mit Fäusten geschlagen.
Quelle: ddp, 17.5.2001

20. Mai 2001

Fünf Rechtsextreme dringen gegen 23.30 Uhr in Wittstock in die Wohnung eines 18-Jährigen ein, schlagen ihn ins Gesicht und bedrohen einen gleichaltrigen Afrodeutschen, der über den Balkon flüchtet. Als er von den

Eindringlingen verfolgt wird, hangelt er sich am Wohnblock von Balkon zu Balkon. Dabei stürzt er in Höhe des dritten Stocks ab und muss stationär behandelt werden.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

24. Mai 2001

Ein etwa 30-jähriger Mann, der drei Rechtsextreme zur Rede stellen will, die einem Punk ein Handy geraubt hatten, wird in Angermünde von den Rechten zusammengeschlagen und, als er am Boden liegt, zusammengetreten. Er erleidet Platzwunden an der Stirn und Prellungen am Körper.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

24. Mai 2001

Zwei Missionare aus den USA werden in Potsdam von fünf "Miniskins" im Alter zwischen 13 und 16 Jahren beschimpft und bedroht. Einer der beiden US-Amerikaner wird angegriffen und leicht verletzt; Passanten kommen den Opfern schließlich zur Hilfe.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung 26./27.05.01, Potsdamer Neueste Nachrichten, 12.06.01

25. Mai 2001

Ein 31-jähriger Mann aus Sierra Leone wird in Premnitz auf dem Heimweg von fünf Jugendlichen mit rassistischen Sprüchen angepöbelt. Einer von ihnen schlägt dem Mann mit der Faust ins Gesicht. Das Opfer erleidet einen Unterkieferbruch.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht, ORB-Videotext, 26.05.01

28. Mai 2001

Ein 15-Jähriger wird in Strausberg von einem Rechtsextremen mit der Faust ins Gesicht geschlagen, weil er ein T-Shirt mit dem Aufdruck "Mein Freund ist Ausländer" trug.

Quelle: Beratungsgruppe für Opfer rechtsextremer Gewalt Strausberg

28. Mai 2001

Ein 13-jähriger russischer Übersiedler wird in Basdorf von zwei 14-Jährigen in einer Schule zusammengeschlagen und rassistisch beschimpft. Das Opfer muss mit Prellungen und Blutergüssen zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden.

Quelle: ORB-Videotext, 29.05.01

29. Mai 2001

Eine 23-jährige und eine 35-jährige kolumbianische Asylbewerberin und deren zwei Kinder werden in Prenzlau an einer Bushaltestelle aus einer Gruppe von etwa zehn deutschen Jugendlichen rassistisch beschimpft und dann mit kleinen Steinen beworfen. Zwei Frauen aus der Gruppe der Deutschen ohrfeigten die Kolumbianerinnen.

Quelle: Berliner Zeitung, 14.06.01

1. Juni 2001

Ein 29-jähriger Russlanddeutscher wird in Wittstock von einem 14-Jährigen ins Gesicht geschlagen. Anschließend bewirft der Jugendliche den Mann mit einer Bierflasche, verfehlt jedoch sein Ziel. Ein 16-jähriges Mädchen, das dabei stand, rief "Deutschland den Deutschen, Russen raus".

Quelle: Ruppiner Anzeiger, 02.06.01

9. Juni 2001

In Ahrensburg wird eine 19-jährige Frau aus einer Gruppe von 20 rechtsextremen Jugendlichen, die an einer Kiesgrube eine Geburtstagsfeier abhielten und rechtsextreme Parolen grölten, verletzt.

Quelle: ORB-Videotext, 10.06.01

15. Juni 2001

Eine polnische Künstlergruppe wird in Rathenow von drei deutschen Jugendlichen rassistisch beschimpft und angegriffen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.06.01

15. Juni 2001

Vier alternative Jugendliche werden in Eisenhüttenstadt gegen 22.30 Uhr von rechtsextremen Jugendlichen an der

Kanalbrücke ohne Vorwarnung angegriffen. Zwei der Jugendlichen können sofort fliehen, ein weiterer kurze Zeit später. Das vierte Opfer wird über einen Zeitraum von mehr als 1½ Stunden festgehalten und immer wieder mit Schlägen und Tritten traktiert.

Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Frankfurt/Oder , Pressemitteilung vom 11.07.01

16. Juni 2001

Am Rande eines Straßenfestes in Falkensee, auf dem eine Gruppe von Rechtsextremen durch Pöbeleien provozierte, wird ein 16-jähriger, antifaschistisch orientierter Jugendlicher von Rechtsextremen ins Gesicht geschlagen. Er erleidet einen Nasenbeinbruch.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

20. Juni 2001

Ein 41-jähriger schlafender Obdachloser wird in Jüterborg von zwei Jungen und einem Mädchen überfallen, ins Gesicht getreten und seine Wertgegenstände geraubt. Das Opfer muss ins Krankenhaus gebracht werden.

Quelle: ORB-Videotext, 21.06.01

21. Juni 2001

Zwei 14-jährige Schüler aus Kolumbien und Afghanistan werden in Fürstenwalde von vier Rechtsextremen im Alter von etwa 20 bis 23 Jahren rassistisch angepöbelt und geschlagen. Die Opfer flüchteten sich in ein Café. Als sie aus dem Café herauskommen und mit den Fahrrädern wegfahren wollen, werden sie von den Rechtsextremen weiter verfolgt, aber nicht mehr eingeholt.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

23. Juni 2001

Eine Gruppe von fünf linksorientierten Jugendlichen wird am frühen Abend in Fürstenwalde in der Nähe der Spreebrücke von drei Rechtsextremen überfallen. Ein 15-Jähriger wurde mit vorgehaltener Pistole in einen Hof geschleppt, wo die Rechtsextremen eine Scheinhinrichtung inszenierten.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

14. Juli 2001

Auf die Bühne des antifaschistischen Festivals "Le monde est à nous" in Königs Wusterhausen werden nachts um 4 Uhr von Rechtsextremisten vier Brandflaschen geworfen. Die fünf jungen Männer, die zum Schutz auf der Bühne geschlafen hatten, bleiben unverletzt und können den Brand löschen.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

18. Juli 2001

Ein 16-Jähriger wird in Dennewitz vor einer Gaststätte aus einer Gruppe von sechs bis acht rechten Schlägern heraus als "Zeckenschwein" beschimpft und ins Gesicht geschlagen. Sein zu Hilfe kommender Vater wird zu Boden gestoßen und bekommt Fußtritte ins Gesicht.

Quelle: Berliner Zeitung, 20.07.01

19. Juli 2001

Vor dem Jugendclub JFZ in Neuruppin pöbeln sechs Rechtsextreme eine zehnköpfige Gruppe von Linken an. Einer der Linken wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen und erleidet einen Nasenbeinbruch.

Quelle: Mail der Jugendantifa Neuruppin und Ruppiner Anzeiger, 20.07.01

19. Juli 2001

Ein Rollstuhlfahrer libanesischer Herkunft wird in Bernau angegriffen. Ein Unbekannter beschimpft den beinamputierten Libanesen auf offener Straße und tritt mit dem Fuß gegen dessen linke Beinprothese und in Richtung Gesicht. Das Opfer blieb unverletzt.

Quelle: Morgenpost, 20.07.01

23. Juli 2001

In Rathenow wird ein 31-jähriger Mosambikaner von einem 19-jährigen Rechtsextremen rassistisch beschimpft und mit einer Bierflasche beworfen, wovon er eine leichte Verletzung am Arm davonträgt.

Quelle: Berliner Zeitung, 26.07.01

30. Juli 2001

Auf eine Wohnwagensiedlung von Sinti und Roma wird in Wildau ein Brandanschlag verübt. Auf die Wohnwagen werden Molotowcocktails geworfen, die jedoch nicht zünden.

Quelle: ORB-Videotext, 30.07.01

3. August 2001

Beim Besuch einer Tankstelle in Vetschau werden mehrere Jugendliche von Rechtsextremen angegriffen. So wird ein Jugendlicher geschlagen und am Boden liegend mit Stiefeln getreten. Er erleidet dabei Verletzungen am Kopf. Als er mit seinem Telefon die Polizei alarmierte, wird ihm dieses von den Rechtsextremen entwendet.

Quelle: Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Frankfurt/Oder, Pressemitteilung vom 01.10.01

8. August 2001

Zwei linksorientierte Jugendliche werden 2 Uhr nachts in Rathenow von zwei mit Rechtsextremisten besetzten Autos verfolgt und vor der Hauptsparkasse zusammengeschlagen und -getreten. Dabei werden u.a. Fahrradständer als Schlagwerkzeuge benutzt. Eines der Opfer wird mit einer Kopfplatzwunde ins Krankenhaus eingeliefert, das andere erleidet leichte Prellungen.

Quelle: Rote Hilfe Rathenow, 08.08.01

9. August 2001

Der 61-jährige Obdachlose Dieter Manzke wird in Dahlewitz von fünf jungen Männern zu Tode geprügelt und getreten. Laut Staatsanwaltschaft sei das Tatmotiv gewesen, ihn aus einem Bungalow, in dem er seit einiger Zeit übernachtete, zu vertreiben.

Quelle: Berliner Zeitung, 23.08.01; die tageszeitung, 01.09.01, s. „Rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Tötungsdelikte, II.2.b.“

17. August 2001

Eine iranische Familie wird in Cottbus verfolgt und verprügelt. Als die dreiköpfige Familie an einer Gaststätte vorbeigeht, wird sie von rassistischen Jugendlichen zunächst angepöbelt und beleidigt. Die Familie fühlt sich bedroht und flüchtet. Sie wird von etwa einem halben Dutzend Jugendlichen verfolgt, gestoßen und zusammengeschlagen. Der 42-jährige Familienvater wird mit einem Nasenbeinbruch ins Krankenhaus eingeliefert, die 31-jährige Ehefrau mit Verdacht auf Milzriss. Die 15-jährige Tochter erleidet Blutergüsse.

Quelle: Ruppiner Anzeiger, 20.08.01

23. August 2001

Ein 22-jähriger Kosovare wird in einer Gaststätte in Neuruppin von fünf Männern aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Vor der Gaststätte wird er geschlagen und getreten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.08.01

23. August 2001

Ein 20-jähriger Chinese wird in Falkensee von fünf deutschen Jugendlichen ins Gesicht geschlagen und beraubt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.08.01

25. August 2001

Ein 15-jähriger Jugoslawe wird in Potsdam von einem 19-Jährigen als "Scheiß-Kanacke" und "Scheiß-Ausländer" beschimpft und mit der Hand ins Gesicht geschlagen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.08.01

29. August 2001

Drei türkische Jugendliche werden in Potsdam von sechs Deutschen rassistisch angepöbelt und mit Steinen und Flaschen attackiert. Verletzt wird niemand.

Quelle: ORB-Videotext, 30.08.01

30. August 2001

Mitglieder der Kinder- und Jugend-Fußballmannschaft NK Bosna aus Bosnien-Herzegowina werden in Wandlitz von drei deutschen Jugendlichen im Alter von 15 und 17 Jahren rassistisch angepöbelt und mit Flaschen beworfen. Einer der bosnischen Jugendlichen wird am Rücken getroffen.
Quelle: Berliner Kurier, 01.09.01

7. September 2001

Auf dem S-Bahnhof in Wildau pöbeln zwei Rechtsextreme eine Gruppe linksorientierter Jugendlicher mit "Heil Hitler" und "Sieg Heil" an. Dann richtet einer der beiden Rechtsextremen eine Pistole gegen den Kopf eines der Mädchen.
Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

10. September 2001

Ein 23-jähriger Palästinenser wird in Rathenow von zwei Deutschen rassistisch beschimpft, am Hals gepackt, gegen eine Mauer gedrückt und seine Brieftasche gestohlen.
Quelle: ORB-Videotext, 11.09.01

10. September 2001

Gegen 6.40 Uhr morgens wird in Guben ein Antifaschist auf dem Weg zur Arbeit vor der Betriebsberufsschule des „Gemeinnützigen Bildungsvereines Guben“ im Industriegebiet von zwei rechtsextremen Jugendlichen zusammengeschlagen. Einer der Angreifer benutzt dabei einen Totschläger. Die Täter lassen erst von ihrem Opfer ab, als dieses am Boden liegt. Der Antifaschist muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden, am rechten Auge erleidet er einen Hornhauteinriss.

Gegen ca. 13.30 Uhr des gleichen Tages wird auf dem Schulhof der Realschule im Stadtteil Obersprucke ein 16-jähriger, dunkelhäutiger Schüler auf der „Raucherinsel“ auf dem Schulhofgelände von mindestens 10 rechtsextremen Schülern der Realschule von hinten angegriffen. Dabei wird er von einem Täter mit einem Schlagring am Kopf, im Gesicht und am Rücken schwer verletzt. Als er zu Boden geht, wird er minutenlang weiter getreten und geschlagen. Der 16jährige muss aufgrund der schweren Kopf- und Rückenverletzungen mehrere Tage stationär behandelt werden.

Quelle: Internationaler Jugendverein Guben/Gubin e.V., Antifa Guben, 14.09.01

15. September 2001

Ein 16-jähriger Deutscher türkischer Abstammung wird in Bernau in der S-Bahn von zwei Mädchen getreten und an der Flucht gehindert. Dann kommen drei 18- bis 19jährige Männer dazu, von denen einer auf das Opfer einschlägt. Der 16-Jährige erleidet eine Prellung am Brustkorb und wird ambulant behandelt.
Berliner Morgenpost, 17.09.01

15. September 2001

Zwei türkische und ein kurdischer Mann werden in Senftenberg vor einem Döner-Imbiss rassistisch beschimpft und geschlagen.
Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Cottbus, Pressemitteilung vom 25.09.01

28. September 2001

Fünf russlanddeutsche Brüder werden in Freyenstein von einer Gruppe rechtsextremer Jugendlicher als "russische Hunde" beschimpft. Die Rechten stellen sich den Russlanddeutschen mit den Worten "Stalin kaputt" und "Heil Hitler" in den Weg, jagen sie über den Marktplatz und schlagen sie zusammen. Zwei der Russlanddeutschen werden schwer verletzt.
Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

3. Oktober 2001

Eine mit einem Deutschen verheiratete Asiatin wird in Schwarzheide in der Nähe der Diskothek "Wandelhaus" von zwei Jugendlichen geschlagen.
Quelle: Lausitzer Rundschau, 08.10.01

7. Oktober 2001

Gegen zwei Uhr nachts greift in Cottbus eine 30-köpfige Gruppe Rechtsextremer die Besucher des Jugendhauses "Glad House" mit Baseballschlägern an. Den überwiegend linksorientierten Besuchern gelingt es, sich zur Wehr zu

setzen und Schlimmeres zu verhindern. 13 Personen werden verletzt, zwei werden in stationäre Behandlung gebracht.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.10.01; Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Cottbus

27./28. Oktober 2001

Am Platz der Einheit in Potsdam greift ein Neonazi aus einer Gruppe heraus einen alternativen Jugendlichen an, der mit Freunden unterwegs ist. Der Rechtsextremist reißt dem Jugendliche Haare aus, würgt ihn und zerreißt zwei Pullover.

Quelle: Antifaschistische Aktion Potsdam

30. Oktober 2001

In Rathenow werden am Märkischen Platz zwei sudanesischen Asylbewerber von drei Rechtsradikalen rassistisch beschimpft, geschlagen und getreten. Einer der beiden, ein 29-jähriger Sudanese, wird an Beinen, Oberkörper und Hand verletzt.

Quelle: Ruppiner Anzeiger, 01.11.01, Opferperspektive, eigener Bericht

3. November 2001

In Frankfurt/Oder wird ein Staatsanwalt auf dem Heimweg von einer Feier gegen 4 Uhr nachts von einem 27-jährigen Rechtsradikalen aus Beeskow, den er vor Jahren angeklagt hatte, als "Scheiß Staatsanwalt" beschimpft und mit der Faust mindestens zehn Mal ins Gesicht geschlagen. Das Opfer erleidet ein zugeschwollenes Auge, eine zerschrammte Stirn und Prellungen.

Quelle: Berliner Zeitung, 06.11.01

6. November 2001

Ein 15-jähriger Aussiedler aus Polen wird in Schwedt von drei rechtsradikalen Klassenkameraden geschlagen und als "Jude, Jude, Jude", "Du wärst früher vergast worden" beschimpft. Die drei hatten ihn seit Beginn des Schuljahrs im September drangsaliert.

Quelle: Opferperspektive, eigener Bericht

17. November 2001

Eine 31-jährige Nigerianerin wird in Potsdam in einem Linienbus von zwei 16- und 19-jährigen Rechtsextremen rassistisch beschimpft, Essensresten beworfen und auf den Hinterkopf geschlagen.

Quelle: ORB-Videotext, 7.11.01

15. November 2001

Am Hauptbahnhof in Potsdam greifen zwei Neonazis einen arabisch aussehenden Mann an und schlagen ihm ins Gesicht. Durch das Eingreifen einer Passantin wird Schlimmeres verhindert.

Quelle: Antifaschistische Aktion Potsdam

18. November 2001

Vier Jugendlichen, die "antifaschistische Aufnäher" an ihren Rucksäcken tragen, werden in Königs Wusterhausen von einer Gruppe von acht Neonazis angegriffen. Die Neonazis brüllen Parolen wie "Heil Hitler" und schlagen mehrmals auf die Jugendlichen ein.

Quelle: ww.antifa-kw.de, 23.11.01

1. Dezember 2001

Ein als „Linker“ identifizierter Fahrgast wird im Regionalexpress Berlin-Elsterwerda von Dresdener Neonazis auf der Rückfahrt von der Neonazi-Demo gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in Berlin geschlagen. Das Opfer wird in Falkenberg mit dem Krankenwagen zum Krankenhaus gefahren.

Quelle: die tageszeitung, 05.12.01

5. Dezember 2001

Ein 15-jähriger Schüler wird in Sperenberg von vier Klassenkameraden an einen Laternenpfahl gefesselt, die Kordel seiner Jacke wird eng um den Hals gebunden und sein Gesicht mit SS-Runen beschmiert.

Frankfurter Rundschau, 07.12.01

31. Dezember 2001

Ein 14-jähriger dunkelhäutiger Jugendlicher wird in Walsleben von Rechtsradikalen rassistisch beschimpft und geschlagen.

Quelle: infortiot, 02.01.02

Kontakt:

Opferperspektive e.V.
Lindenstr. 53
14467 Potsdam
Tel. 0171 - 19 35 669
Fax 01212 - 5 - 11559889
info@opferperspektive.de

Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt
Parzellenstraße 79
03046 Cottbus
Tel. 0172 - 75 85 772
Fax 0721 - 151 221 837
AfOrG@gmx.net

Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt
Breitscheidstr. 41
16321 Bernau
Tel. 03338 - 459 407 (Fr. 17:00 - 18:00)
03338 - 754 667 (AB)
kontaktstelle@bernaunet.net
www.dosto.de/op/

Beratungsgruppe für Opfer rechtsextremer Gewalt
Postfach 1126
15331 Strausberg
Tel. 0173 - 634 36 04
BORG-SRB@gmx.net

Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt
Berliner Str. 24
15230 Frankfurt (Oder)
montags von 9.00 bis 12.00 Uhr
Tel. 0335 - 665 99 94,
0335 - 280 12 19 und 0179 - 12 65 680
BORG-FFO@gmx.net

Die hier aufgeführten Gewaltdelikte sind der Chronik der Opferperspektive entnommen, die unter <http://www.opferperspektive.de> abrufbar ist.

Brandenburg

Gewaltdelikte PMK – rechts 2001, Ministerium des Inneren⁷⁷

Chronik Opferperspektive s.o.

Januar 2001:	13	13
Februar 2001:	6	3
März 2001:	6	5
April 2001:	8	2
Mai 2001:	9	9
Juni 2001:	10	8
Juli 2001:	6	6

⁷⁷ Bilanz zur Extremismusbekämpfung 2001, vom 5. Februar 2001, Anlage 1a,

August 2001:	7	9
September 2001:	6	6
Oktober 2001:	8	4
November 2001:	5	5
Dezember 2001:	2	3
Gesamt:	86	72
Bei der Pressevorstellung		

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Eine unvollständige Chronik von 28 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.

12. Februar 2001

Vier Mädchen und ein Junge aus Greifswald quälten zwei gleichaltrige Jugendliche. Die Mädchen im Alter zwischen 12-15 Jahren und ein 14-jähriger Junge sollen Polizeiermittlungen zufolge am 12. Februar ein 12 Jahre altes Mädchen zu einem Treffpunkt gelockt, es geschlagen und bespuckt haben. Mit einem an der Kehle gehaltenem Messer sollen die Täterinnen das Mädchen gezwungen haben, auf die Knie zu gehen und ihnen „Respekt zu zollen“ teilte die Polizeidirektion in Anklam mit. Die 12 jährige habe sagen sollen, ob sie wisse wie der Hitlergruß gehe und wer „der Führer“ sei. Am darauffolgenden Tag suchten sich die Tatverdächtigen ein 13 jähriges Mädchen als Opfer und quälten es in ähnlicher Weise.

Quelle: Nordkurier, 21.02.01, "Zwei Mädchen von Jugendlichen gequält. Messer an Kehle der Opfer", LOBBI Neubrandenburg

13. Februar 2001

In Rostock werden zwei kurdische Jugendliche, darunter ein 18jähriger, zunächst in einer Bank in der Innenstadt von rechtsextremen Skinheads rassistisch angepöbelt. Vor der Haustür des 18jährigen Kurden schlagen dann vier Rechtsextremisten auf ihn ein. Polizeibeamte, die gerufen wurden, beachteten die Angreifer nicht weiter, sondern durchsuchten den halb bewusstlosen Kurden und leiteten ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein, das mittlerweile allerdings eingestellt wurde. Aus der Sicht des kurdischen Jugendlichen und der Opferberatungsstelle Lobbi handelte es sich bei dem Angriff um eine rassistisch motivierten Körperverletzung.

Quelle: LOBBI Rostock

28. Februar 2001

In Schwerin werden in einer Straßenbahn zwei Fahrgäste von rechten Jugendlichen geschlagen, weil sie keine Zigaretten hatten.

Quelle: LOBBI Rostock

16. März 2001

Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Pasewalk wird ein Brandanschlag verübt.

Nur durch einen Zufall wird keiner der 20 Bewohner verletzt. Es entsteht nur geringer Sachschaden.

Quelle: <http://www.home.t-online.de/home/AntifaBergedorf/Faschomob.htm>

17. März 2001

Zwei vorbestrafte Naziskins aus Hamburg werden in Wismar festgenommen, nachdem sie in einem Bus einen Mann zusammengeschlagen haben. Er kam einem Kind zur Hilfe, das von den Nazis belästigt wurde.

Quelle: LOBBI Wismar, <http://www.home.t-online.de/home/AntifaBergedorf/Faschomob.htm>

24. März 2001

Am Rostocker Hauptbahnhof zeigen Rechte mehrfach der „Hitlergruß“.

Später werden zwei Menschen, die als Nichtdeutsche erkennbar sind, in der S-Bahn von Rechten angegriffen.

Quelle: LOBBI Rostock

31. März 2001

Ein Asylbewerber aus Togo wird in Anklam von drei Männern im Alter zwischen 19 und 23 Jahren als u.a. als "Neger" beschimpft und dann angegriffen. Als der 27 jährige in eine Telefonzelle flüchtet, wird er mit Steinen beworfen. Die Polizei nimmt alle drei Täter fest.

Quelle: LOBBI Neubrandenburg, Nordkurier, 02.04.01

9. April 2001

Auf einer Toilette der Greifswalder Dompässagen wird ein Student aus dem Sudan von drei Rechten mit rassistischen Parolen beschimpft und so schwer zusammengeschlagen, dass er stationär im Krankenhaus behandelt werden muss. Anfang Juli 2001 ermittelt die Polizei die drei Angreifer im Alter von 17, 18 und 20 Jahren, zwei von ihnen werden mit Haftbefehl in Untersuchungshaft genommen. Die Täter bestreiten ein rechtsextremes Motiv für den Angriff, die Polizei lediglich räumt ein, dass "ausländerfeindliche Parolen" bei dem Überfall gerufen worden seien. Zu Prozessbeginn im Dezember 2001 bekennen sich zwei der Angeklagten zu ihrer rechten Gesinnung und erklären u.a. "sie mögen keine Ausländer".

Quelle: LOBBI Neubrandenburg, Nordkurier, u.a. 07.07.01

Mai 2001

In Blankensee bei Neustrelitz wird eine private Feier von ca. 10 –15 Rechtsextremisten „besetzt“. Diese verbreiteten Unfrieden. Nach ca. einer Stunde verließen die meisten Partygäste und die Mehrheit der rechten Gruppe die Wohnung wieder. Zurück blieben der Wohnungsinhaber mit zwei Freunden und drei Rechtsextreme. Letztere schlagen den Wohnungsinhaber und zerstören Teile der Wohnungseinrichtung.

Quelle: LOBBI Neubrandenburg

15. Mai 2001

In Neubrandenburg wird ein afrikanischer Mann im Bus von drei Männern und einer Frau der rechtsextremen Szene rassistisch beleidigt , später umzingelt und angegriffen. Im Zuge der Auseinandersetzung schlagen die Angreifer dem Mann mit einer Bierflasche auf den Kopf, so dass er eine Augenverletzung davon trägt.

Quelle: LOBBI Neubrandenburg

20. Mai 2001

Zwei togolesische Asylsuchende werden in der Straßenbahn in der Rostocker Innenstadt von zwei Rechtsextremisten mit einer Flasche und einem Teleskopschlagstock angegriffen. Der Straßenbahnfahrer ruft die Polizei, die die beiden Täter festnimmt. Diese werden in einem Schnellverfahren zur Arbeitsstunden und Bewährungsstrafen sowie zur Zahlung von Entschädigung an die Opfer verurteilt.

Quelle: LOBBI Rostock

22. Mai 2001

Nach einer Schlägerei zwischen einem 20jährigen irakischen Asylsuchenden und einem 24jährigen Rechten aus Ostvorpommern in Anklam verhindern fünf Funkstreifen-Besatzungen der Polizei eine größere Auseinandersetzung zwischen Asylbewerbern und Jugendlichen der rechten Szene.

Quelle: Nordkurier, 23.05.01, LOBBI Neubrandenburg

24. Mai 2001

In Greifswald attackieren drei Jugendliche in der Nacht zum Freitag zwei Studenten aus Guinea. Zuvor hatten die Angreifer die beiden Afrikaner in einer Einkaufspassage mit ausländerfeindlichen Äußerungen wie "Scheiß-Neger" und "Neger raus" beschimpft. Als die Studenten die Jugendlichen zur Rede stellen wollten, hätten diese mit Fußtritten geantwortet und eines der Opfer mit Bier übergossen. Ein Zeuge alarmiert die Polizei. Bei den Verdächtigen handelt es sich laut Polizei um einen 18- und einen 16-Jährigen sowie ein 15-jähriges Mädchen. Sie seien zur Feststellung der Personalien vorübergehend in Gewahrsam genommen worden.

Quelle: Frankfurter Rundschau, 01.06.01

28. Juni 2001

In Boltenhagen werden zwei Urlauber von einer 20köpfigen rechten Gruppe angegriffen und verletzt. In Neukloster verletzt ein 19jähriger Rechter einen Gleichaltrigen.

Quelle: LOBBI Wismar

12. Juli 2001

In Wismar wird ein marokkanischer Student vor dem Haupteingang eines Studentenwohnheims von zwei für ihre rechtsextreme Einstellung bekannten Studenten zusammengeschlagen. Die beiden Männer hatten zunächst eine Studentin, die gemeinsam mit dem Marokkaner vor dem Eingang stand, sexuell belästigt. Als der marokkanische Student sich daraufhin auf Seiten der Frau einmischte und die Männer aufforderte, die Studentin in Ruhe zu lassen, wurde er angegriffen. Die Verletzungen, die er dadurch davon trug, haben seinen ohnehin durch eine Knochenmarkserkrankung angegriffenen Gesundheitszustand erheblich verschlechtert. Nach dem Angriff erstatteten sowohl das Opfer als auch die beiden Angreifer Anzeige wegen Körperverletzung. Inzwischen wurde die Anzeige der Täter gegen den Marokkaner eingestellt, das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Deutschen läuft noch.
Quelle: LOBBI Wismar

4. August 2001

Nach einem NPD-Infostand in Waren (Müritz) rufen ca. 15 der rechten Szene zugehörige Personen am Bahnhof ausländerfeindliche Parolen und stürzen sich dann auf einen 22jährigen aus Dortmund, der auf seinen Zug wartet. Die Angreifer treten auf den jungen Mann ein und nachdem das Opfer zu flüchten versuchte, schlugen sie weiter auf ihn ein. Der 22-Jährige musste schließlich im Warener Klinikum behandelt werden. Die Polizei konnte vor Ort noch fünf Verdächtige antreffen, von denen sie drei vorübergehend festnahm. Nach einem Auto mit Stralsunder Kennzeichen, das zur Flucht genutzt wurde, wurde erfolglos gesucht."
Quelle: LOBBI Neubrandenburg, Nordkurier, Lokalausgabe Waren, 06.08.01, http://www.likedeeler-online/like-nachrichten_alt_3.htm#070801a

26. August 2001

In Grimmen wird der Inhaber einer Gaststätte von zwei Angehörigen der rechten Szene mit einer Flasche angegriffen und erleidet Kopfverletzungen. Gegen die Täter wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Zeugen des Angriffs erhielten Drohungen für den Fall, dass sie gegen die Angreifer aussagen würden.
Quelle: LOBBI Rostock

3. September 2001

Ein griechischer Restaurantbesitzer wird in Boizenburg nach Feierabend in seinem Restaurant von drei Rechten zunächst verbal mit Parolen wie "Heil Hitler" und "Wir kriegen euch schon nach raus" bedroht und dann mit einer Holzbohle ins Gesicht geschlagen. Der Mann erleidet einen vierfachen Jochbeinbruch, einen Nasenbeinbruch und verliert mehrere Zähne; er muss stationär behandelt werden. Eine Angestellte des Restaurants, die Zeugin des Vorfalls ist, wird mit einem schweren Schock ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert und dort über längere Zeit stationär behandelt. Am 12. September wird an ihrer Zimmertür im Krankenhaus ein Hakenkreuz entdeckt.
Quelle: LOBBI Wismar

21. September 2001:

In einem Jugendclub in Rostock-Evershagen kommt es zu einem Angriff auf ein halbes Dutzend nicht-rechte Jugendliche und zwei Betreuer durch ca. 20 bis 25 Rechtsextremisten. Die nicht-rechten Jugendlichen werden antisemitisch beschimpft und die Sozialarbeiter geschlagen, einer der Täter benutzt bei dem Angriff ein Messer. Die Opfer haben Anzeige gestellt, ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung wurde eingeleitet.
Quelle: LOBBI Rostock

22. September 2001

Am Rande eines Aufmarsches der militanten neonazistischen Freien Kameradschaften in Rostock-Toitenwinkel kommt es zu zwei Angriffen durch Neonazis gegen Personen, die äußerlich der linken Szene zugeordnet werden. Im ersten Fall werden erkennbar linke Jugendliche von drei Rechtsextremisten, die aus einer 15köpfigen Gruppe heraus agieren, mit der Frage "Seid Ihr von der Antifa?" angepöbelt und dann geschlagen und getreten. Die Betroffenen stellten keine Anzeige. Ebenfalls am Rand des Neonazi-Aufmarsches wird ein erkennbar linker Jugendlicher von einer Gruppe aus dem Umfeld des "Kameradschaftsbunds Mecklenburg" angegriffen und geschlagen. Die Polizei nimmt drei an dem Angriff beteiligte Rechte fest und ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.
Quelle: LOBBI Rostock

01. Oktober 2001

Ein Asylbewerber aus Sri Lanka wird in Neubrandenburg abends am Bahnhof von ca. acht bis neun Rechtsextremisten angegriffen und ohnmächtig geprügelt. Kurz darauf erschien die Polizei und brachte das Opfer ins Asylbewerberheim. Der Mann trug Hämatome an Armen, Beinen und am Rücken davon.
Quelle: LOBBI Neubrandenburg

4. Oktober 2001

In Buschenhagen bei Stralsund wird ein äußerlich als schwerstbehindert erkennbares 15jähriges Mädchen von einem 18jährigen rechten Jugendlichen getreten.

Quelle: LOBBI Rostock

5. Oktober 2001

Am Rande des Oktoberfestes in Neubrandenburg werden zwei durch ihr Punk-Outfit äußerlich erkennbar linke Jugendliche von einer ca. 15- 20köpfigen Gruppe von Neonazis, die teilweise verummmt und mit Knüppeln und Flaschen bewaffnet sind, gejagt und so schwer verletzt, dass einer der linken Jugendlichen mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, wo er operiert wird. Die Verletzungen seines Begleiters können ambulant behandelt werden.

Quelle: LOBBI Neubrandenburg

7. Oktober 2001

In einem Stadtbus in Neubrandenburg wird ein der linken Szene zugehörige junge Frau von einem Rechtsextremisten durch einen Faustschlag verletzt. Die Frau hatte den Rechten auf seine Beteiligung an der Hetzjagd gegen zwei jugendlichen Punker beim Oktoberfest (s.o.) angesprochen.

Quelle: LOBBI Neubrandenburg

30. November 2001

In Ückeründe verwüstet eine Gruppe von ca. 20 rechten Jugendlichen einen linken Jugendclub und traktieren zwei Clubbesucher mit Fusstritten und Faustschlägen.

Quelle: LOBBI Neubrandenburg

Dezember 2001

Ein 30jähriger Rechtsextremist beleidigt und drangsaliert in Rostock-Evershagen über einen längeren Zeitraum eine togolesische Asylsuchende und ihre zwei Töchter. Der Täter pöbelt die achtjährige Tochter auf ihrem Schulweg mit rassistischen Äußerungen an und schubste sie; auch die Mutter und die zweite Tochter wurden mehrfach beleidigt und angerempelt, wenn sie die Achtjährige von der Schule abholten. Das Opfer hat Anzeige erstattet.

Quelle: LOBBI Rostock

31. Dezember 2001

Vier stadtbekanntes Rechtsextremisten zwischen 16 und 20 Jahre werfen bei einer Silvesterparty von nicht-rechten Jugendlichen in Ludwigslust zunächst ein Fenster in dem Haus, in dem die Party stattfindet, von außen ein und schießen einen Feuerwerkskörper hinterher. Dabei grölten die Täter u.a. " Judenschweine, wir kriegen Euch alle". Die von den Gastgebern gerufene Polizei kommt nach ca. 20 Minuten und geht dann wieder. Die vier Angreifer bleiben, treten nach der Abfahrt der Polizeibeamten die Tür ein, verwüsten die Einrichtung des Hauses und greifen Partygäste tätlich an. Die nicht-rechten Jugendlichen alarmieren einen erwachsenen Nachbarn, dem es schließlich gelingt, die Angreifer aus dem Haus zu vertreiben. Als die Polizei erneut erscheint, stehen die Täter noch auf der Strasse vor dem Haus. Sie werden kurz verhört und anschließend wieder auf freien Fuß gesetzt. Später in der Nacht verfolgen sie einen Partygast auf dessen Nachhauseweg, dieser kann ihnen jedoch entkommen.

Quelle: LOBBI Wismar

Kontakt:

LOBBI – Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt e.V.

Büros: Rostock: Budapester Str. 16, Tel: 0381/2009377 , Fax:038172009378

Neubrandenburg: Johannesstr. 12a, Tel: 0395/4550719 Fax:0395/4550720 Wismar: E.- Weinert Promenade 2 (c/o AWO), Tel: 03841/334353 Fax:03841/334354

lobbi-mv@gmx.de

www.lobbi-mv.de

SACHSEN-ANHALT

Eine unvollständige Chronik von 25 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.

4. Februar 2001

Ein Deutscher mit dunkler Hautfarbe wird in Magdeburg von drei bislang Unbekannten mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft und mit einem Cuttermesser am Gesicht leicht verletzt. Nach Polizeiangaben fand der Übergriff am Vormittag an einer Straßenbahnhaltestelle statt. Die Täter forderten den Angaben zufolge von dem 20-jährigen Opfer zunächst Zigaretten und wurden handgreiflich, als diese ihnen verweigert wurden.

Quelle: DPA, 06.02.01

25. Februar 2001

In Merseburg wird ein älterer Mann mit Körperbehinderung von einer Gruppe von Rechtsextremisten in der Straßenbahn angepöbelt und zum Aussteigen gezwungen. Ein alternativer Jugendlicher mischt sich ein und wird von den Rechtsextremen angegriffen. Das Opfer stellt keine Anzeige.

Quelle: Jugendbündnis Merseburg

25. März 2001

In Milzau greift eine Gruppe rechter Jugendlicher den 38-jährigen Willi W. vor einer Diskothek an, zunächst mit der Absicht ihn auszurauben. Weil der Mann kein Geld dabei hat, wird er von den Angreifern bewusstlos geschlagen. Zwei der Täter springen so heftig auf den am Boden liegenden, dass er lebensgefährliche innere Verletzungen erleidet und drei Tage nach dem Angriff im Krankenhaus stirbt. Bei der Urteilsverkündung gegen die Täter im November 2001 erklärt das Landgericht Halle ausdrücklich, dass ein Zusammenhang zwischen der rechtsextremen Gesinnung der Täter und dem Tod von Willi W. existiert.

Quellen: FR, Mitteldeutsche Zeitung, 14.11.01, s. „Rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte Tötungsdelikte“, Kapitel II.2.a

19. April 2001

In Magdeburg wird ein 47 Jahre alter Algerier am Abend von drei Jugendlichen im Alter von 16 und 19 Jahren geschlagen. Nach Angaben des Innenministeriums werden die Täter der rechtsextremen Szene zugeordnet. Der Ausländer erlitt bei dem Überfall den Angaben zufolge im Gesicht leichte Verletzungen. Die drei Magdeburger sind wegen Körperverletzungsdelikten bereits polizeilich bekannt. Sie werden festgenommen.

Quelle: Frankfurter Rundschau, DPA, 22. 04.01

26. April 2001

In Merseburg werden 15 Punks in einem Jugendclub von Rechtsextremisten bedroht. Die Angreifer zerschlagen einem Punk zwei Bierflaschen auf dem Kopf und versetzen ihm mehrere Tritte und Faustschläge. Auch ein Mädchen wird ins Gesicht geschlagen und ebenfalls mit einer Bierflasche verletzt. Mehrere Punks und das Mädchen werden mit Platzwunden und Halswirbelverletzungen im Krankenhaus ambulant behandelt. Die Opfer erstatten Anzeige

Quelle: Merseburger Jugendbündnis

24. Mai 2001

In Salzmünde wird beim traditionellen Bierhügelfest am Himmelfahrtstag ein Aussiedlerehepaar aus Kasachstan und deren Freund aus Weißrussland von einer rund 20köpfigen Gruppe jugendlicher Rechtsextremisten angegriffen und schwer verletzt. Nach rassistischen Pöbeleien wurde zunächst der Russlanddeutsche mit einem Schlagstock angegriffen, direkt auf den Hoden geschlagen und Tritten und Schlägen malträtirt. Die Schläger wurden von Gesinnungsgenossen angefeuert und griffen dann auch die Ehefrau des Opfers mit einem Schlagstock an. Sie wurde auf die Brust, Arme, Schultern und Kopf geschlagen. Der Frau gelingt es schließlich, selbst die Polizei zu rufen. Das Ehepaar wird mehrere Tage lang wegen der Schwere der Verletzungen im Krankenhaus stationär behandelt. Dem Mann muss ein Hoden entfernt werden. Die Opfer erstatten Anzeige. Beim Prozess im Dezember 2001 werden ...

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung, 15.12.01

26. Mai 2001

In Halle schlagen zwei einschlägig polizeibekannte rechtsextreme Jugendliche an der Haltestelle Eselsmühle einen 36-jährigen und einen 39-jährigen Mann zunächst bewusst los und verletzen ihre Opfer durch mehrere Tritte gegen

Kopf und Gesicht schwer. Der 36jährige erlitt durch die Tritte Hirnblutungen und liegt seit dem Angriff im Koma. Das ältere Opfer erlitt u.a. einen Nasenbeinbruch. Die Opfer erstatten Anzeige.
Quelle: Opferberatung-Süd

7. Juli 2001

In Magdeburg wird ein Neunjähriger, dessen Mutter aus dem ehemaligen Jugoslawien stammt, wird von Jugendlichen aus der Nachbarschaft als "Ausländer" und "Behinderter" beschimpft, der aus Deutschland verschwinden solle. Er wird schließlich gezwungen, sich nackt auszuziehen. Anfang August 2001 wird der Junge erneut drangsaliert. Die Mutter des Jungen erstattet Anzeige.
Quelle: Opferberatung Mitte

28. Juli 2001

In Halle wird ein 35jähriger Sudanese gegen 4 Uhr nachts auf dem Nachhauseweg von sechs augenscheinlich rechtsextremen jungen Männern angegriffen und verletzt. Die Täter sprangen aus zwei Autos, als sie ihr Opfer alleine auf der Straße sahen, beschimpften ihn zunächst mit rassistischen Parolen wie "Ausländer Raus" und bewarfen ihn mit Bierflaschen. Als das Opfer zu flüchten versuchte, holten ihn die Rechten ein und schlugen und traten ihn. Einer der Männer schlug mit einer Mülltonne auf den Sudanese ein, ein andere verletzte ihn leicht mit einem Messer. Das Opfer stellte Anzeige.
Quelle: Opferberatung Süd

5./6. August 2001

In einem Neubaublock in Halle foltern drei Jugendliche im Alter von 15,16 und 18 Jahren einen 59jährigen Mann fast zu Tode. Der Haupttäter rechnet sich selbst der rechten Szene zu und trägt eine Hakenkreuz-Tätowierung am rechten Oberarm.
Quelle: Mitteldeutsche Zeitung, 08.08.2001

10. August 2001

In Dessau wird ein 20jähriger Syrer von zwei Personen mit Fahrrädern auf der Straße angehalten und mit Parolen wie "Wir sind Deutsche" eingeschüchert. Einer der Angreifer schlägt den Mann zusammen, der schwere Verletzungen davon trägt. Das Opfer stellt Anzeige.
Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Dessau

14. August 2001

In Dessau wird ein 24jähriger syrischer Asylbewerber von zwei Polizeibeamten in Zivil festgehalten, beleidigt und geschlagen. Die Beamten wiesen sich gegenüber dem Mann nicht aus, so dass er sie zunächst für Rechtsextreme hielt. Die Beamten bringen den Syrer auf die Polizeiwache, wo er sich nach eigenen Angaben nackt ausziehen und auf einen kalten Fliesenfußboden legen musste. In der Wache begründen die Beamten ihr Vorgehen mit dem Verdacht auf Drogenbesitz, der sich als unbegründet erweist. Das Opfer stellt Anzeige gegen die Beamten.
Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Dessau

19. August 2001

Bei einer Massenschlägerei in einer Diskothek in Raßnitz im Kreis Merseburg-Querfurt werden fünf Diskobesucher verletzt. Nach Angaben von Betroffenen sahen die ca. 20 mit Steinen und Ketten bewaffneten Angreifer aus Halle, dem Saalkreis, Wernigerode sowie Magdeburg wie Neonazis aus.
Quelle: Chronik der AG Antifa/Antira des Studentenrates der Universität Halle

26. August 2001

Ein 37jähriger dunkelhäutiger polnischer Staatsbürger wird in Halle im Innenhof seines Wohnblocks von einem Nachbarn zunächst rassistisch beschimpft und dann mehrmals in die Bauchgegend geboxt. Das Opfer erstattet Anzeige.
Quelle: Opferberatung Süd

30. August 2001

Ein 31jähriger Flüchtling aus dem Irak wird in Magdeburg von fünf Männern zunächst mit fremdenfeindlichen Parolen beleidigt und dann geschlagen. Der Iraker wird auch am Boden liegend weiter geschlagen und getreten. Das Opfer stellt Anzeige.
Quelle: Opferberatung Mitte

1. September 2001

In Magdeburg werden zwei Afrikaner in der Straßenbahn von Jugendlichen rassistisch beleidigt und angegriffen. Die Opfer bitten den Straßenbahnfahrer um Hilfe, der dies jedoch ablehnt.

Quelle: Opferberatung Mitte

5. September 2001

In Halle fordern an der Bushaltestelle "Heide" drei Neonazis unter lautstarken Drohungen von einem wartenden Fahrgast Zigaretten. Als der Mann dies ablehnt, schlagen die drei Angreifer den Mann mehrfach ins Gesicht und würgen ihn. Als das Opfer sich wehrt, werden die Schläge stärker und das Handy des Opfers wird gestohlen. Ein Busfahrer ruft schließlich über Funk die Polizei, woraufhin die Täter flüchten.

Quelle: Chronik der AG Antifa/Antira des Studentenrates der Universität Halle

14. August 2001

In Burg wird ein Angolaner von Polizeibeamten in einem Einsatzfahrzeug gewürgt und ihm wird KO-Spray ins Gesicht gesprüht. Der Angolaner hatte zunächst ein Gespräch mit einem Angestellten des Ordnungsamtes der Stadt wegen einer Bußgeldangelegenheit. Der städtische Angestellte rief während des Gesprächs die Polizei. Obwohl der Angolaner versuchte, den Beamten das eigentliche Problem - die Bußgeldsache - zu erklären, ließen ihn die Beamten nicht zu Wort kommen. Nach Aussagen des Betroffenen erklärten die Polizisten nur "Halt die Schnauze, das kannst Du machen, wo du herkommst." Dann wurde der Angolaner aufgefordert, ins Einsatzfahrzeug einzusteigen. Nach Aussagen des Betroffenen wurde er dann, ohne sein freiwilliges Einsteigen abzuwarten, an beiden Oberarmen gepackt. Ihm wurden Handfesseln angelegt und er wurde in das Auto gezogen. Einer der Polizeibeamten würgte den bereits auf dem Rücksitz sitzenden Angolaner sprühte ihn mit einem ko-Spray direkt ins Gesicht. Das Opfer hat Anzeige erstattet.

Quelle: Opferberatung Mitte

11. September 2001

In Bolhösen-Halberstadt wird eine irakische Schülerin in der Berufsschule von einem Schüler ihrer Parallelklasse wiederholt als "Döner" und "Schlampe" beschimpft. Die Betroffene beschwert sich bei ihrem Klassenlehrer, der den Schüler verwarnt. Daraufhin greift der Schüler das Mädchen aus dem Irak in ihrem Klassenzimmer an, schlägt sie mit der Faust ins Gesicht und schubst sie, so dass sie mit dem Kopf gegen eine Heizung prallt und eine Gehirnerschütterung und Prellungen erleidet. Sie muss drei Tage stationär im Krankenhaus behandelt werden. Das Opfer erstattete Anzeige.

Quelle: Opferberatung Mitte

24. September 2001

In Dessau wird ein zur alternativen Jugendszene gehörender Jugendlicher von Neonazis auf einem leerstehenden Industriegelände festgehalten, bedroht und mit körperlicher Gewalt misshandelt.

Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Dessau

29. September 2001

Auf dem Boulevard in Halle wird gegen 8:30 Uhr ein Mann von mehreren Neonazis zusammengeschlagen.

Quelle: Chronik AG Antifa/Antira des Studentenrats der Universität Halle

6. Oktober 2001

Zwei Kurden aus dem Irak werden abends in Weißenfels vor einem Bistro zunächst von zwei deutschen Männern rassistisch beschimpft, bedroht und schließlich angegriffen. Einer der Kurden wird mit einem scharfen Gegenstand bewusstlos geschlagen, der andere Kurde wird mit einem Messer verletzt. Während der Auseinandersetzung kommen vier weitere Deutsche dazu und schlagen und treten ebenfalls auf die Kurden ein. Erst als die Polizei eintrifft, lassen die Angreifer von ihren Opfern ab. Diese werden im Krankenhaus ambulant behandelt und stellen Anzeige.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung, 8.10.01, Opferberatung Süd

27. Oktober 2001

Ein syrischer Asylbewerber wird in Dessau vor dem Hauseingang von zwei Männern, die an ihm vorbeilaufen, festgehalten und geschlagen. Die Täter begründen ihren Angriff damit, dass der Syrer sie zu lange angeschaut habe. Das Opfer erstattete Anzeige.

Quelle: Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Dessau

6. November 2001

In der Nacht vom 6. November wird auf ein Wohnheim in Köthen, in dem auch ausländische Studenten wohnen, ein Brandanschlag verübt; der Brandsatz wird in das Zimmer eines Studenten aus Indonesien geworfen. Das Feuer kann gelöscht werden, es wird niemand verletzt.

Quelle: TV Dessau, 6.11.01

16. November 2001

In Halle wird ein 30jähriger Mann aus dem Kongo von etwa zehn Jugendlichen in einer öffentlichen Toilette geschlagen und getreten, während einer der Jugendlichen die Tür bewacht. Erst als ihr Opfer am Boden liegt, flüchten die Angreifer. Der Mann aus dem Kongo muss ambulant behandelt werden und erstattet Anzeige.

Quelle: Karawane-UnterstützerInnen-Gruppe, Halle

17. November 2001

In Halle wird eine Gruppe von linken Jugendlichen gegen Mittag von etwa 20 bis 25 Rechtsextremen auf der Straße mit Ketten, Baseballschlägern und einem Messer angegriffen. Zuvor hatten die Neonazis die Gruppe mit mehreren Autos eingekreist. Einige Opfer werden verletzt und müssen ambulant behandelt werden. Sie stellen Anzeige, die Neonazis antworten mit Gegenanzeigen.

Quelle: Opferberatung Süd, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 54, 1/2002, S. 13 "In Verkehrung der Tatsachen - Ex-Blood & Honour Aktivist greift Antifas an"

Kontakt:

Miteinander e.V.

Büro Magdeburg: Tel. 0391-6207755

Fax 0391-6207740

opferberatung.md@miteinander-ev.de

[Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt](#)

Büro Halle: Tel. 0170-2948413

Büro Halberstadt: Tel. 0170-2948352

Büro Gardelegen: Tel. 0170-2904112

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Dessau

Tel. 0340-6612395

antidiskriminiert.buero.dessau@t-online.de

SACHSEN

Eine unvollständige Chronik von 35 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.

31. Dezember 2000/1. Januar 2001

In Freiberg greifen 12 Naziskins eine Gruppe von linken Jugendlichen an. In der Berthelsdorfer Str. werden drei linke Jugendliche mit Stangen angegriffen, geschlagen und getreten. Einer von ihnen muss aufgrund seiner Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Wenig später wird am gleichen Ort ein Punk krankenhaushausreif geschlagen.

<http://www.linkeseite.de/Texte/antifatexte/0076.htm>

2. Januar 2001

In Freiberg wird gegen 18.00 Uhr am Bahnhof eine afrikanische Studentin von einer zehnköpfigen Naziskingruppe angepöbelt, geschlagen und getreten. Als die Gruppe die Frau sieht, beginnen sie zu grölen und sie als "Schieß Ausländer" zu beschimpfen. Sie will die Halle in Richtung Bahnhofsvorplatz verlassen, aber einer der Angreifer verstellt ihr den Weg. Im Eingangsbereich der Bahnhofshalle wird sie umstellt, weiter beschimpft, geschubst und erhält einen Tritt in die Nierengegend. Passanten greifen nicht ein, der Frau gelingt es schließlich zu fliehen und einen Freund zu informieren, der die Polizei alarmiert. Zwei männliche Beamte besuchen die Studentin in ihrer

Wohnung, nehmen ihre Aussage zu Protokoll, kontrollieren ihre Papiere und stellen die Frage: "Was machen Sie eigentlich hier?"

Am gleichen Tag werden gegen 18:30 Uhr auf der Bahnhofstraße zwei 14 und 16jährige nicht-rechte Jugendliche von einer Gruppe Naziskins angegriffen und verletzt. Beide Opfer müssen im Krankenhaus stationär behandelt werden.

Quelle: Freie Presse, 4.01.01, <http://www.linkeseite.de/Texte/antifatexte/0076>

6. Januar 2001

Bei einem Raubüberfall auf einen 42jährigen Mann in Radeberg, bei dem 180 D-Mark erbeutet werden, haben ausländerfeindliche Motive eine Rolle gespielt. Nach Angaben des Dresdner Ausländerrates war dem Iraker von zwei kahlgeschorenen Männern eine Pistole an den Kopf gehalten worden. Die beiden Täter hätten ihn "Scheißausländer" genannt.

Quelle: Aktion Zivilcourage Pirna

14. Januar 2001 .

Zum wiederholten Male provozieren Rechtsextreme eine Auseinandersetzung mit den Betreibern des Antalya-Grills in Pirna. Beteiligt sind auch Mitglieder der "Skinheads Sächsische Schweiz". Die Ehefrau des Betreibers erleidet mehrere Rippenbrüche und muss stationär behandelt werden. Zuvor zogen Rechtsradikale angetrunken und Parolen skandierend durch die Pirnaer Innenstadt und "besuchten" mehrere Kneipen und Cafés. Ein Überfall auf den Antalya-Grill wurde auf den Internetseiten der "SSS" schon seit Wochen angekündigt.

Quelle: Aktion Zivilcourage Pirna

18. Januar 2001

In Freiberg wird gegen 21.00 Uhr ein 16-jähriger Iraner auf der Tschaikowskistraße von mehreren Jugendlichen mit rassistischen Parolen wie "Scheiß Ausländer" beleidigt, geschlagen und getreten.

Quelle: Freie Presse, 20.01.01, <http://www.linkeseite.de/Texte/antifatexte/0076.htm>

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Januar 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4088

26. Januar 2001

Wie das Landeskriminalamt Sachsen (LKA) in Dresden mitteilt, überfiel Ende Januar eine Gruppe von etwa zehn rechten Jugendlichen in Ebersbach einen Aussiedler in dessen Wohnung. Sie schlugen demnach mit Baseballschlägern auf ihr Opfer ein. Der 27-Jährige musste ärztlich behandelt werden. Wenige Tage später sollen die selben Täter in Eibau einen 15-jährigen Deutschen ebenfalls mit Baseballschlägern traktiert haben. Laut LKA traten die Täter mit Springerstiefeln auf ihr Opfer ein, das schwer verletzt wurde. Die mutmaßlichen Haupttäter im Alter von 17 und 18 Jahren hätten als Motiv eine fremdenfeindliche und rechtsextremistische Einstellung angegeben.

Quelle: Frankfurter Rundschau, DPA, 09.02.01

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Januar 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4088

9. Februar 2001

In Eilenburg werden sechs türkische Bauarbeiter von sieben Neonazis zusammengeschlagen. Die Täter schlagen mit Stöcken auf das Auto und die Bauarbeiter ein. Ein türkischer Mann wird verletzt, die Polizei nimmt die Neonazis fest.

Quelle: DPA, 10.02.01

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Februar 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4110

23. März 2001

Die Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) hat zwölf Personen im Alter von 14 bis 21 Jahren ermittelt, die zwei Angolaner in einem Regionalzug zwischen Kamenz und Dresden angegriffen haben sollen. Die beiden 22 und 33 Jahre alten Ausländer aus einem Asylbewerberheim stiegen in Großröhrsdorf in den Zug. Während der Fahrt

provozierten die Tatverdächtigen mit Parolen wie "Ausländer raus". Dann versuchten vier von ihnen, einen der Angolaner aus dem Fenster des fahrenden Zuges zu werfen. Als der andere versuchte, sie zu stoppen, erhielt er Faustschläge ins Gesicht. Im Bahnhof Arnsdorf informierten die Angolaner das Zugpersonal. Bundesgrenzschützer nahmen später in Dresden-Neustadt neun Tatverdächtige vorläufig fest. Die Soko Rex ermittelte auch die anderen Verdächtigen. Gegen die mutmaßlichen Haupttäter, zwei 15-jährige Kamenzer, einen 16-jährigen Bernsdorfer und einen 18 Jahre alten Hoyerswerdaer erließ das Amtsgericht Bautzen Haftbefehle wegen Verdachts des versuchten Totschlags und der Volksverhetzung.

Quelle: Sächsische Zeitung 27.03.01

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat März 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4133

30. April 2001

In der Nacht zum 1. Mai werden in Löbau zwei Jugendliche auf dem Heimweg vom Walpurgisnachtfeuer im Friedenshain von fünf Neonazis verfolgt, getreten und geschlagen. Beide werden dabei verletzt. Einer der Betroffenen hat Anzeige gegen vier namentlich bekannte Rechtsextremisten gestellt

Quelle: AMAL

18. Mai 2001

Auf dem Sportplatz Kantstraße in Zittau verprügeln zwei Neonazis eine Gruppe von nichtrechten Jugendlichen und verletzen dabei einen jungen Mann lebensgefährlich. Die Täter hatten zuvor an einer Feier des Nationalen Jugendblocks Zittau teilgenommen. Im Prozess Anfang März 2002 erklärt der Vorsitzende Richter, nur mit viel Glück habe das Opfer, auf das beide Täter laut Aussage des Richters "brutalst" einschlugen und eintraten, einen Aorta-Abriss in der Magengegend überlebt. Nach einem künstlichen Koma und einem Aufenthalt auf der Intensivstation leidet der Mann aus Zittau noch heute unter einer Reihe von körperlichen Schäden.

Quelle: Sächsische Zeitung Online, 13. 03.02, "Heute beginnt Prozess gegen rechten Schläger"

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Mai 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4363

24. Mai 2001

Ein 21jähriger Aussiedler wird gegen 17.15 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz von Pirna angepöbelt und verprügelt. Dabei wird er wiederholt gegen den Kopf getreten. Der junge Mann kam gerade mit der S-Bahn aus der Sächsischen Schweiz zurück, als er von der Gruppe rechter Jugendlicher umstellt und verletzt wurde. .

Quelle: Aktion Zivilcourage Pirna

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Mai 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4363

Frühsummer 2001

Nach einer Auseinandersetzung in Löbau zwischen russlanddeutschen Aussiedlern und dem DJ vom Ostklub mobilisiert dieser ca. 50-60 Nazis, die durch Löbau-Ost ziehen und Aussiedler jagen. Dabei wird einem Aussiedler das Nasenbein gebrochen und in einer Aussiedlerunterkunft in der Jugendstraße werden Scheiben eingeworfen.

Quelle: AMAL

9. Juni 2001

In Neusalza-Spremberg wird ein 16jähriger nach einem Dorffest von Rechten zusammen geschlagen und muss mehrere Tage stationär behandelt werden.

Quelle: Sächsische Zeitung

23. Juni 2001

In Borna greifen zehn Jugendliche einen afghanischen Asylbewerber an.

Quelle: Frankfurter Rundschau, AP, 03.07.01

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Juni 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4731

2. Juli 2001

Bei einem rassistisch motivierten Überfall wird Zwickau ein Mosambikaner erheblich verletzt. Auch in Borna (Kreis Leipziger Land) wird am Abend ein Ausländer angegriffen. In Zwickau griffen zwei Unbekannte mit Glatzen und Bomberjacken den Mosambikaner an, nachdem sie ihn beleidigt und ihm Gewalt angedroht hatten. Als der 38-Jährige nicht reagierte, hielt ihn einer der Täter fest, während der andere auf ihn einprügelte, berichtete die Polizei. Danach trat er mit Springerstiefeln auf den am Boden Liegenden ein, anschließend fuhren die Schläger mit einem Auto davon. Ein Zeuge half dem Opfer.

In Borna greifen drei Jugendliche einen 17-Jährigen an, als der aus einem Einkaufsmarkt kam. Sie schlugen dem Asylbewerber aus Afghanistan mit der Faust ins Gesicht. Nach Aussagen des 17-Jährigen hatten die Jugendlichen "Ausländer raus" zu ihm gesagt. Die Täter konnten auch hier entkommen.

Frankfurter Rundschau, AP, 03.07.01

Zu Zwickau: vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Juli 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4735

7. August 2001

Zwei 14 und 17 Jahre alte Mädchen haben in Leipzig zwei Studenten aus Sudan angepöbelt und attackiert. Wie die Polizei mitteilte, wurde ein 18-Jähriger mit einem Schlagstock am Kopf verletzt. Die Mädchen hätten als Motiv für den Angriff ihre ausländerfeindliche Einstellung genannt. Den Angaben zufolge hatten die Täterinnen die 17 und 18 Jahre alten Studenten zunächst in der Straßenbahn angepöbelt. Nachdem alle vier ausgestiegen waren, bedrohte eines der Mädchen den 17-Jährigen mit einer Schreckschusspistole. Die andere schlug dem 18-Jährigen mit einem Schlagstock auf den Kopf. Als sich ein Zeuge näherte, flüchteten die Angreiferinnen, wurden jedoch kurz danach von der Polizei gestellt. Nach ihrer Vernehmung wurden die jugendlichen Täterinnen ihren Eltern übergeben.

Quelle: Frankfurter Rundschau, AP, 0.08.01

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat August 2001“, Landtags-Drucksache: 3/4792

17./18. August 2001

Während des Sommerfests in Niesky kommt es zu mindestens einem rechtsextremen Übergriff. Zwei Jugendliche werden von Neonazis gezwungen, von einer dicht befahrenen Straße Flaschen aufzusammeln. Dabei werden sie auch geschlagen. Die Beamten eines vorüber fahrenden Polizeiwagens greifen nicht ein.

Quelle: AMAL

18. August 2001

In Weißwasser dringen vier Neonazis in eine Wohnung von linken Jugendlichen ein. Mehrere Jugendliche werden misshandelt und bedroht. Die Nazis verbarrikadieren sich in der Wohnung und verwehren der herbeigerufenen Polizei den Zutritt. Später flüchteten die Rechten, sie konnten jedoch gestellt werden. Die Polizei nahm lediglich die Personalien auf und verließ den Tatort, die Neonazis blieben weiter vor Ort.

Quelle: AMAL

27. August 2001

Am Abend wird auf dem Untermarkt in Görlitz ein Punk von einem stadtbekanntem rechten Hooligan tätlich attackiert. Das Opfer hat Anzeige erstattet.

Quelle: AMAL

2. Oktober 2001

In der Nacht zum 3. Oktober werden in der Nieskyer Innenstadt vier Jugendliche von einer Gruppe Rechtsextremisten gejagt. Drei der Opfer werden anschließend getreten und geschlagen und tragen dabei z.T. erhebliche Verletzungen davon. Die am Tatort eintreffende Polizeibeamten nehmen zuerst Alkoholproben der Betroffenen und reagieren nicht auf einen entsprechenden Hinweis, als einer der Täter Minuten später an den Beamten vorbei läuft.

Quelle: AMAL

6. Oktober 2001

Bei einer Party im nicht-rechten Jugendhaus Hanno in Pirna wird ein 20jähriger von einem Rechtsextremisten aus dem Umfeld der verbotenen rechtsextremen Kameradschaft "Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) mit einem

Fußtritt ins Gesicht schwer verletzt. Das Opfer erleidet einen dreifachen Jochbeinbruch. Der Haupttäter wird im Januar 2002 zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt, zwei weitere Angeklagte erhalten Geldstrafen. Anklage und Verteidigung waren sich einig, dass eine eventuelle Mitgliedschaft der Angeklagten in der SSS mit der Gewalttat nichts zu tun habe.

Quelle: Aktion Zivilcourage, Sächsische Zeitung, 26.01.02

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat Oktober 2001“, Landtags-Drucksache: 3/5311

Mitte Oktober 2001

Zwischen dem 8.-12. Oktober kommt es in Niesky zu einem weiteren Übergriff auf einen der Jugendlichen, die schon am 2. Oktober geschädigt wurden. Dabei hält ein PKW am Zinzendorfplatz und einer der Insassen schlägt dem Jugendlichen ohne Vorwarnung ins Gesicht.

Quelle: AMAL

23. Oktober 2001

Ein nicht-rechter Jugendlicher, der in Pirna auf der Breiten Straße auf einen Bus wartete, wird von einem rechten Jugendlichen angegriffen und geschlagen. Die Polizei war schnell zur Stelle und nahm die Ermittlungen auf. Der Schläger soll sich an einem „OI“ Zeichen des Geschädigten gestört haben und ging plötzlich mit Schlägen und Fußtritten auf das Opfer los.

Quelle: Aktion Zivilcourage Pirna

27./28. Oktober 2001

In Freiberg dringen in der Nacht zwei Neonazis in die Wohnung eines 19-jährigen Nichtrechtens ein und schlagen mit einer Flasche auf ihn ein. Als der Jugendliche am Boden liegt, treten die Neonazis weiter auf ihn ein. Das Opfer muss stationär behandelt werden.

Quelle: Radio PSR, AMAL

2. November 2001

Innerhalb von einer Stunde wird ein Jugendtreff in Zittau durch 10-15 Rechtsradikale zwei Mal angegriffen. Dabei kommt es zu Sachbeschädigungen, massiven Drohungen sowie tätlichen Übergriffen auf die Gäste. Die Polizei trifft trotz frühzeitiger Alarmierung zu spät am Tatort ein.

Quelle: AMAL

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat November 2001“, Landtags-Drucksache: 3/5485

2. November 2001

Ein 19-Jähriger wurde auf dem Weg vom Herbstfest in die Innenstadt von Pirna von fünf bis sechs Jugendlichen aus der rechten Szene zu Boden geworfen. Dabei verletzte er sich am Kopf. In diesem Fall handelten Polizei und Staatsschutz schnell. Sie suchten das Stadtgebiet nach den Tätern ab. Am Jugendclub Hanno griffen sie rechte Jugendliche auf, die kontrolliert wurden und einen Platzverweis bekamen. Ein 17-jähriger wurde festgenommen und am Sonnabend dem Haftrichter vorgeführt. Nach weiteren Kripo-Ermittlungen griff die Polizei am Sonnabend weitere vier Tatverdächtige zwischen 16 und 24 Jahren. Zwei mussten gestern zum Haftrichter, zwei weitere wurden freigelassen.

Quelle: Sächsische Zeitung, 05.11.01

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat November 2001“, Landtags-Drucksache: 3/5485

3. November 2001

Gegen 22.05 Uhr wird am Bahnhof Freital-Deuben ein 22-jähriger vietnamesischer Student von drei unbekanntenen Männern ausländerfeindlich beschimpft und geschlagen.

Quelle: Aktion Zivilcourage Pirna

vgl. Kleine Anfrage des Abgeordneten Uwe Adamczyk und Fraktion der PDS, Antwort des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen im Monat November 2001“, Landtags-Drucksache: 3/5485

3. November 2001

In Lauta stören ca. 15 Rechtsextremisten eine Veranstaltung im Jugendhaus und verletzen nach Abbruch der Veranstaltung zwei Gäste.

Quelle: AMAL

Ende November 2001

In der Spielothek „Purzelbaum“ in Neugersdorf wird ein der Metal-Szene zugehöriger Jugendlicher von Nazis körperlich angegriffen. Die Täter sind vermutlich Mitglieder der rechten Szene aus Cunewalde.

Quelle: AMAL

9. Dezember 2001

Eine Gruppe von Neonazis greift auf dem Nieskyer Weihnachtsmarkt eine junge Frau an. Sie wird u.a. mit einer Krücke geschlagen. Das Opfer erstattet keine Anzeige.

Quelle: AMAL

15. Dezember 2001

In Görlitz wird ein afrodeutscher Junge einer 5. Klasse von Rechten angegriffen. Der Junge wurde wegen seiner dunklen Hautfarbe schon in der Vergangenheit immer wieder von Neonazis angepöbelt.

Quelle: AMAL

Mitte Dezember 2001

An einer Tankstelle in Neusalza-Spremberg wird ein Mitglied der Punkband „Pankrotz“ von Rechtsextremisten, die u.a. mit einem Schlagring bewaffnet sind, angegriffen.

Quelle: AMAL

30. Dezember 2001

In der Nacht zum 31. Dezember werden in einem Ort in der Umgebung von Bautzen drei Jugendliche von sieben Rechtsextremisten attackiert, ein Mädchen wird dabei mit einem Messer leicht verletzt

Quelle: AMAL

Kontakt zu AMAL:

Büro Dresden: Tel. 0351-8894193

amal.dresden@ndk-wurzen.de

Büro Wurzen: Tel. 03425-852710

amal.wurzen@ndk-wurzen.de

Büro Görlitz: Tel. 03581-878583 und 0170-3180755

amal.goerlitz@ndk-wurzen.de

[AMAL Ostsachsen](http://AMAL.Ostsachsen.de)

Opferberatung der RAA Leipzig

Tel. 0341-2618647

raa.opferberatung@gmx.de

73 vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz offiziell registrierte und gemeldete rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierte vollendete Körperverletzungsdelikte sowie 2 Brandstiftungen laut Antworten auf die Kleinen Anfragen des Abgeordneten Uwe Adamczyk und der Fraktion der PDS, „Rechtsorientierte und/oder fremdenfeindliche Aktivitäten in Sachsen“ in den Monaten Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember 2001, Landtags-Drucksachen: 3/4088, 3/4110, 3/4133, 3/4146, 3/4363, 3/4731, 3/4725, 3/4792, 3/4979, 3/5311, 3/5485, 3/5608

Januar 2001

01. Januar Sebnitz

01. Januar Sebnitz
01. Januar Sebnitz
18. Januar Freiberg
19. Januar Glauchau
26. Januar Ebersbach
28. Januar Oschatz

Februar 2001

03. Februar Reichenbach/Vogtland
06. Februar Delitzsch
07. Februar Ebersbach
09. Februar Eilenburg
10. Februar Leipzig
10. Februar Leipzig
11. Februar Leipzig
17. Februar Chemnitz

März 2001

01. März Bautzen
02. März Dresden
06. März Leipzig
18. März Olbersdorf
19. März Leipzig
19. März Leipzig
23. März Gross-Roehrsdorf (vers. Tötungsdelikt)

April 2001

01. April Leipzig
03. April Pirna
08. April Freiberg
15. April Bautzen

Mai 2001

01. Mai Dennheritz
01. Mai Leipzig
02. Mai Neusalza/Spremberg
02. Mai Coswig
05. Mai Dresden
05. Mai Leipzig
18. Mai Zittau
20. Mai Dresden
22. Mai Leipzig
24. Mai Pirna
25. Mai Dresden

Juni 2001

02. Juni Leipzig
09. Juni Grosshartmannsdorf
12. Juni Torgau
16. Juni Dresden
17. Juni Schneeberg
17. Juni Sebnitz
18. Juni Dresden
23. Juni Borna
28. Juni Pirna
30. Juni Pirna

Juli 2001

01. Juli Kamenz
02. Juli Zwickau
11. Juli Borna
17. Juli Regis-Breitingen
28. Juli Schoenwoelkau

August 2001

07. August Leipzig
11. August Leipzig
13. August Leipzig
14. August Grimma
18. August Leipzig
24. August Sebnitz
24. August Sebnitz
27. August Dresden
28. August Leipzig
31. August Dresden

September 2001

06. September Leipzig
13. September Dresden
17. September Freiberg

Oktober 2001

01. Oktober Dippoldiswalde
06. Oktober Pirna
18. Oktober Leipzig
20. Oktober Reichenau/Vogtland (Brandstiftung)
21. Oktober Plauen (Brandstiftung)

November 2001

02. November Zittau
03. November Pirna
03. November Freital
17. November Leipzig
20. November Leipzig

Dezember 2001

-

THÜRINGEN

Eine unvollständige Chronik von 25 Beispielen rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten.

6./7. Januar 2001

Drei afrikanische Asylbewerber und zwei deutsche Freundinnen werden in einer Gaststätte in Arnstadt angerempelt und bedroht. Die Security-Männer, die von einem der Afrikaner angesprochen werden, wenden sich gegen die drei Asylbewerber und schauen tatenlos zu, als deutsche Jugendliche angreifen. Zwei Asylbewerber werden dabei verletzt und erleiden Prellungen und Platzwunden im Gesicht und am Ohr. Die Afrikaner erhalten Hausverbot in der Gaststätte.

Quelle: ABAD

22. Januar 2001

Zwei betrunkene 19 und 23jährige Männer schlugen im Bahnhof von Arnstadt einen Obdachlosen zusammen und verletzen ihn schwer. Das Opfer erleidet mehrere Rippenbrüche und einen Bruch des Brustbeins. Wie die Polizei weiter mitteilte, wurden die 19 und 23 Jahre alten Täter aus Arnstadt festgenommen. Sie sollen "aus Frust" auf den Obdachlosen eingeschlagen und ihn mehrfach getreten haben.

Quelle: MDR Online 24.01.01

6. Februar 2001

Nachts verüben Unbekannte in Zella-Mehlis einen Brandanschlag auf das AsylbewerberInnenheim. Eine Ausweitung des Brandes kann durch Eingreifen des Wachschutzes verhindert werden.

Quelle: nadir

letzte Februar-Woche 2001

In Zella-Mehlis wird ein 19-jähriger Punk in der Nähe des Bahnhofs attackiert und verletzt. Er erleidet mehrere Prellungen und Platzwunden im Gesicht und muss chirurgisch behandelt werden

Quelle: Rote Hilfe Zella-Mehlis

Februar u. März 2001:

11-jähriger Junge kubanischer Abstammung wird in Suhl mehrfach Opfer rassistischer Gewalt in seiner Schule, es wird Anzeige erstattet, die Schule reagiert mit einem vierwöchigen Hausverbot. Der Junge leidet an Angstzuständen.

Quelle: ABAD

10. März 2001

in der Nacht vom 9. auf den 10. März wird an der Zentralhaltestelle in Suhl ein 25jähriger staatenloser Palästinenser von fünf Deutschen angegriffen und brutal misshandelt. Als der Asylsuchende in einen Bus einsteigen wollte, hielten die Täter ihn zunächst davon ab und schlugen dann brutal auf ihn ein. Er wurde mit Faustschlägen zu Fall gebracht und am Boden liegend weiter mit Schlägen und Fußtritten attackiert. Der Flüchtling erlitt unter anderem Prellungen, einen Kieferbruch und eine Gehirnerschütterung. Er lag neun Tage im Krankenhaus und war für mehrere Wochen krankgeschrieben.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V., ABAD, ARD Videotext

10. März 2001

In Siblit greift eine Gruppe von zehn mit Badeball-Schlägern und Gummiknüppeln bewaffneten Naziskins nicht-rechte Jugendliche an. Die Täter schlagen auf mehrere Jugendliche ein, die sich vor dem Kulturhaus aufhalten. Drei Menschen erleiden leichte Verletzungen.

Quelle: Ostthüringer Zeitung, 12.03.01

17. März 2001

Neonazis überfallen zwei Punks in Erfurt-Nord mit einer Luftdruckpistole von Neonazis auf zwei Punks in Erfurt Nord. Obwohl die beiden Opfer flüchteten, wurden sie eingeholt und der Frau wurde eine Pistole an den Kopf gesetzt, bei dem Mann drückte ein Neonazi ab, der Schuss verursachte eine blutige Kopfwunde. Die Opfer erstatten Anzeige.

Quelle: Infoladen Sabotnik

9. April 2001

Rechtsradikale schlagen in Erfurt einen Westafrikaner. Unter anderem habe einer der vier Jugendlichen im Alter von 16 bis 19 Jahren den Mann aus Sierra Leone am Montagabend am Rande des Domplatzes mit einer Gaspistole auf den Kopf geschlagen, sagte ein Polizeisprecher. Das 19-jährige Opfer wurde im Krankenhaus behandelt. Drei der Schläger sind polizeibekannte Skinheads.

Ein Schausteller hatte die Polizisten alarmiert, die wegen der Kirmes auf dem Domplatz Streife gingen. Durch das Eingreifen der Beamten habe Schlimmeres verhütet werden können. Die Schläger wollten auch noch auf einen zweiten Mann los gehen, er habe die Flucht ergriffen. Bei ihrer Festnahme griffen die Jugendlichen die vier Polizisten an. Ein Beamter wurde so heftig in die Wade gebissen, dass sein Bein eingegipst werden musste. Die Jugendlichen gehörten zu einer Gruppe von weiteren 14 jungen Frauen und Männern aus Erfurt, die nach ihrem Erscheinungsbild der rechten Szene angehören. Auch sie wurden vorübergehend festgenommen.

Quelle: Frankfurter Rundschau, DPA, 10.04.01

14. Mai 2001

In Sondershausen werden ein 22-jähriger Nichtrechtler und drei weitere Personen aus der Punk-Szene von Rechtsextremisten mit Baseballschlägern und Knüppeln in ihren Wohnungen überfallen. Die Betroffenen werden leicht verletzt.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung, Antira-Mailingliste

8. Juni 2001

Bei einem Kinderfest in der Innenstadt von Suhl kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Naziskins und Punks. Es gibt Verletzte auf beiden Seiten, ein Punk wird mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus geliefert.

Quelle: Rote Hilfe Zella-Mehlis

13. Juni 2001

In Erfurt beleidigen zwei junge Männer eine 34jährige Afrikanerin und ihr fünfjähriges Kind mit rassistischen Sprüchen und schlagen auf sie ein. Die 17 und 21 Jahre alten Männer hatten in einer Straßenbahn die Frau und das Kind beschimpft und ins Gesicht geschlagen. Die Zentrale der Erfurter Verkehrs-Betriebe alarmierte daraufhin die Polizei. Beide Männer wurden festgenommen, aber bald darauf wieder auf freien Fuß gesetzt.

Quelle: Thüringer Allgemeine, Frankfurter Rundschau, DPA, 14.06.01

29. Juni 2001

In Nordhausen werden fünf alternative Jugendliche von 10-15 stadtbekanntem Neonazis in einem Stadtpark in der Innenstadt angegriffen. Einer der Jugendlichen soll sich sein T-Shirt ausziehen, ein Aufnäher wird gewaltsam entfernt, die alternativen Jugendlichen werden über einen längeren Zeitraum dangesaliert.

Quelle: LAG Antirassismus/Antifaschismus

14. Juli 2001

In Gotha greifen zwölf Rechtsextremisten in der Nacht zum Sonntag mehrere Polizisten an und verletzen einen von ihnen. Die Beamten wollten die Jugendlichen überprüfen, die in und vor einer Gaststätte randaliert und rassistische Sprüche gegrölt hatten. Die jungen Männer bewarfen die Polizisten mit Stühlen und Aschenbechern. Dabei erlitt ein Beamter nach Polizeiangaben eine Platzwunde im Gesicht. Mit weiteren Kräften gelang es den Polizisten schließlich, die Rechtsextremisten festzunehmen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Landfriedensbruch, Volksverhetzung, gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Hausfriedensbruch

Quelle: DPA, 15.06.01

26. August 2001

Drei Deutsche überfallen einen 40 Jahre alten portugiesischen Migranten in Zella-Mehlis. Dieser wird mit Kopfverletzungen und Nasenbeinbruch in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Täterbeschreibung deutet eindeutig auf einen rechtsextremen Hintergrund hin.

Quelle: Antira-mailingliste

5. September 2001

Ein Mann aus Somalia wird bei Weimar im Zug von Skinheads angegriffen. Weder Schaffner noch Bundesgrenzschutz greifen ein. Schließlich helfen andere Fahrgäste dem Somalier und rufen die Polizei.

Quelle: LAG Antirassismus/Antifaschismus

2. Oktober 2001

Ein Obdachloser wird an der Krämerbrücke in Erfurt von rechts aussehenden Jugendlichen angegriffen.

Quelle: Augenzeugenbericht bei ABAD

12. Oktober 2001

Ein Trupp rechter Schläger greift den Jugendclub in Ohrdruf an und verwüstet die Einrichtung. Die Clubbesucher flüchten durch einen Notausgang. Die rechte Gruppe zieht weiter Richtung Markt, wobei einem Ohrdrufer Bürger eine Bierflasche auf den Kopf geschlagen wird.

Quelle: Freies Wort, Jugendclub Ohrdruf

26. Oktober 2001

Vier junge Männer und eine junge Frau, die der Skinhead-Szene

angehören, schlagen einen 21jährigen in Mühlhausen brutal zusammen. Das Opfer wird erst angepöbelt und verbal provoziert. Dann schlägt einer der Täter den Hinterkopf des Mannes an ein Garagentor und verlangt, dass er die Hose auszieht. Der Betroffene lehnt ab und wird deshalb mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen, bis es Nasenbluten erleidet. Dem Betroffenen wird die Jacke entrissen, dann gehen die Schläge weiter, bis er durch einen Faustschlag zu Boden geht. Die Täter treten nunmehr ihrem am Boden liegenden Opfer mit voller Wucht in den Bauch. Das Opfer erleidet ein Schädelhirntrauma und Prellungen.

Quelle: Thüringer Landeszeitung

26./27. Oktober 2001

In Suhl – Nord wird gegen 1. 30 Uhr nachts einen 42jährigen Vietnamesen auf dem Nachhauseweg von einem Mann zunächst rassistisch angepöbelt und dann geschlagen. Im Verlauf der Schlägerei kommen drei weitere Deutsche hinzu, die den vietnamesischen Mann mit Schlägen und Springerstiefelritten an den Rand der Bewusstlosigkeit bringen. Das Opfer kann sich zu einem Taxi retten, der Taxifahrer und Bekannte rufen die Polizei, die die Täter noch in der Nacht festnehmen und den Haupttäter kurze Zeit darauf wieder auf freien Fuß setzen. Das Opfer wird mit Kopfverletzungen und Prellungen im Krankenhaus behandelt.

Quelle: ABAD

11. November 2001

In Suhl kommt es gegen ca. 0.45 Uhr zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem 18-jährigen und einer Gruppe junger Männer aus dem rechten Spektrum. Die Gruppe verfolgt den Jungen, reißt ihn zu Boden und schlägt und treten dann auf ihn ein. Das Opfer erleidet Verletzungen am Kopf und Beckenbereich, die im Krankenhaus ambulant versorgt werden müssen.

Quelle: Freies Wort

5. Dezember 2001

In der Innenstadt von Ilmenau wird am frühen Abend eine Vietnamesin an einer Ampel angegriffen und verletzt. Zunächst wird sie aus einem wartenden Auto rassistisch beschimpft, dann springen zwei Rechtsextremisten aus dem Auto, drücken der Frau von hinten den Hals zu und werfen sie auf den Boden. Die Täter können unerkannt flüchten.

Quelle: Freies Wort, ABAD

Mitte Dezember 2001

In der Woche vor Weihnachten wird am Bahnhof in Meiningen ein Ehepaar aus dem Iran von zwei Nazis angegriffen. Der Asylantrag des Paares war kurz vorher positiv entschieden worden.

Quelle: Freies Wort, Rote Hilfe Zella-Mehlis

17. Dezember 2001

Auf dem Campus der TU Ilmenau wird ein chinesischer Informatik-Student von drei rechten Tätern, die gezielt zum Campus gefahren sind, umstellt und mit einem Nun-Shaku angegriffen. Der Betroffene rettet sich ins Rechenzentrum der TU, das die Polizei alarmierte. Die Gerichtsverhandlung am 12. Februar 2002 endet mit einer Verurteilung der Täter.

Quelle: Freies Wort, TU Ilmenau, ABAD Prozessbeobachtung

Dezember 2001

An der Schlösserbrücke in der Erfurter Innenstadt wird ein unauffälliger Jugendlicher von drei Männern mit Glatzen und Bomberjacken angepöbelt und auf den Kopf geschlagen. Das Opfer fällt zu Boden und wird mehrfach getreten, bis es sich zu einem Taxistand retten kann.

Quelle: Brücke, Obdachlosenmagazin Erfurt

Kontakt::

ABAD – Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen

Büro Gera: 0365 - 5518611

Büro Erfurt: 0361 – 2172723

<http://www.abad-th.de>